

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1949

35 (24.3.1949)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

FLS

4. Jahr Nr. 35 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Donnerstag, 24. März 1949

Gesamtdeutsche Aussprache ist erforderlich

Die KPD fordert Annahme der Einladung des Volksrats

Frankfurt. Schritte zur beschleunigten Durchführung der vom deutschen Volksrat vorgeschlagenen Zusammenkunft und Aussprache über gesamtdeutsche Probleme fordert die Fraktion der KPD im Frankfurter Wirtschaftsrat und im Parlamentarischen Rat. Sie beantragen die sofortige Einberufung der Vollversammlungen dieser beiden Organe, damit eine Entscheidung über den Vorschlag des Volksrats nach den Bedürfnissen und Wünschen des deutschen Volkes getroffen wird.

Die Kommunistische Fraktion wird, wie bisher, alle Bestrebungen unterstützen — gleich von welcher Seite sie kommen — die sich ehrlich für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages einsetzen. Sie erwartet, daß der Vorschlag des Volksrats im Plenum des Wirtschaftsrates zur Diskussion gestellt wird und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß alle Fraktionen diese Frage mit der ihr zukommenden Ernsthaftigkeit prüfen.

Hinter diesem Vorschlag steht die Gesamtheit der deutschen demokratischen Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone. Die Forderungen auf beschleunigte Herbeiführung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, auf Abschluß eines Friedensvertrages und auf Abzug der Besatzungstruppen entspricht aber auch unstreitig den Bedürfnissen und Wünschen der überwältigenden Mehrheit des gesamten deutschen Volkes. In vorletzter Stunde bietet sich eine Gelegenheit, über die Zonengrenzen hinaus alle deutschen demokratischen Kräfte zur Verwirk-

lichung dieser Forderung zusammenzufassen. Diese Möglichkeit darf nicht zuschanden gemacht werden.

Sie hofft, daß sich die Mitglieder des Wirtschaftsrates nicht von einem etwa von außen einsetzenden Druck beeinflussen lassen und ihre Entscheidungen einzig und allein nach den Bedürfnissen und Wünschen des deutschen Volkes treffen.

„Einheit setzt sich durch“

Berlin. „Der deutsche Volksrat wird sich durchsetzen und mit Hilfe des Volkskongresses den Weg finden, auf dem das Problem der Einheit Deutschlands im Sinne aller aufrechten Deutschen gelöst werden kann“, erklärte

Max Fechner, Präsident der deutschen Justizverwaltung vor Pressevertretern. Der Landessekretär des Deutschen Volksrates in Sachsen-Anhalt Lenig erklärte: „Das deutsche Volk muß es als seine wichtigste Aufgabe betrachten, den Weg des nationalen Widerstandes zu gehen, da er der einzige Weg ist, auf dem es die nationale Einheit wieder erlangen kann.“

Appell an die Werktätigen

Halle. Im Namen von 130 000 organisierten Metallarbeitern Sachsen-Anhalts richtet der Landesvorstand der IG Metall Sachsen-Anhalt einen offenen Brief an die Arbeiter der Krupp-Werke in Essen. Darin werden die westdeutschen Werktätigen aufgerufen, alle Kräfte für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens zu mobilisieren.

Die ablehnenden Erklärungen führender Kräfte in Westdeutschland dokumentieren deren Willen, die westdeutschen Werktätigen den imperialistischen Kräften auszuliefern.

Traktoren aus der Sowjetunion sind da

Berlin (UT). Ein Teil der am 24. Februar 1949 angekündigten Traktorenlieferung aus der Sowjetunion ist bereits in Fürstentum, Tangermünde und anderen Orten der Ostzone angekommen. Die langen Güterzüge mit den mächtigen Raupenschleppern haben bei der Bevölkerung Aufsehen und Freude hervorgerufen.

Die Bedeutung dieser Tat wird besonders unterstrichen durch die Entwicklung in Westdeutschland, wo weitere einschneidende Demonstrationen von Betrieben der Fertigwarenindustrie befohlen wurden und die Vernichtung von Arbeitsplätzen verstärkt durchgeführt wird.

Es wird stark beachtet, mit welcher Geschwindigkeit die Sowjetregierung die Traktoren in die Ostzone transportieren ließ. Hieraus wird erneut ersichtlich, daß die Sowjetunion der Verwirklichung des Zweijahrsplans der Ostzone große Wichtigkeit beimißt und gewillt ist, ihr starke Hilfe zu gewähren. Die Traktoren werden bei der in der nächsten Woche beginnenden Frühjahrsbestellung voll eingesetzt werden. Von den 1000 Traktoren erhalten Brandenburg 400, Mecklenburg 300, Sachsen-Anhalt 200 und Thüringen und Sachsen je 50 Traktoren.

JEIA erzwingt Betriebseinschränkung

Hildesheim. Die Direktion der Trillke-Werke, Hildesheim, gab der Belegschaft bekannt, ab sofort zur 35-Stunden-Woche übergehen und demnächst 20 Prozent der Belegschaft entlassen zu müssen. Der Betrieb gehört zum Bosch-Konzern und in ihm werden vornehmlich Lichtmaschinen und Anlasser produziert. Finanzschwierigkeiten der Reichsbahn und Verkaufsschwierigkeiten der Autowerke Ford, Büssing und Hanomag werden als Ursache der Betriebseinschränkungen angegeben.

Die Verkaufsschwierigkeiten der genannten Autowerke sind dadurch entstanden, daß die amerikanische JEIA Exportaufträge nach Südafrika die Zustimmung verweigerte. Als weitere produktionshemmende Gründe werden die Kreditsperre, die neue Kürzung der Benzinzuweisung und die Streichung der Produktion aus der Dringlichkeitsliste genannt.

Die Wahlen in Frankreich

Musterbeispiel einer bürgerlichen „Demokratie“

Paris. Das französische Innenministerium gab folgendes Ergebnis der Kantonalwahlen am vergangenen Sonntag bekannt:

Kommunistische Partei	1 698 764 = 23,54 Proz.
Sozialistische Partei	1 206 895 = 16,81 Proz.
Unabhängige Sozialist.	1 854 311 = 25,88 Proz.
Vereinigung der republikan. Linksparteien	798 581 = 11,12 Proz.
Republikanische Volksbewegung (MRP)	579 390 = 8,07 Proz.
Unabhängige Radikale Sammlungsbewegung	855 252 = 11,91 Proz.
de Gaulles (RPF)	1 821 051 = 25,34 Proz.

Die Kommunistische Partei Frankreichs erklärt in einem Manifest, der entscheidende Gang zwischen den Anhängern der Freiheit und des Friedens und ihren ewigen Gegnern werde erst am kommenden Sonntag ausgetragen werden. Die Partei werde nur Gegner des Atlantik-Paktes unterstützen.

Was ging bei den Kantonalwahlen — entsprechend etwa unseren Kreistagswahlen — am letzten Sonntag in Frankreich vor sich? Die Regierungsmehrheit im Parlament hatte ein neues Wahlgesetz durchgesetzt, von dem die bürgerliche französische Zeitung „Le Monde“, am 19. 3. 1949 sagt: „Man konnte sich schon damals (bei den letzten Kantonalwahlen) nicht auf dieses stützen, um das richtige Kräfteverhältnis des Landes festzustellen. Man läuft Gefahr, es jetzt noch weniger zu können.“

Dieses Wahlgesetz ist so abgefaßt, daß die Werktätigen, die in großen Siedlungen zusammengeballt sind, nur Bruchteile der Vertretungen haben können, die den dünn besiedelten Bauerngemeinden und vor allen Dingen den Villen-Gegenden, in denen die Unternehmer wohnen, zubilligt werden.

Man kann die kapitalistische „Demokratie“ nicht krasser kennzeichnen, als gerade durch

dieses von dem sozialdemokratischen Innenminister Jules Moch durchgepeitschten Wahlgesetzes. So kommt es zu der grotesken Tatsache, daß die Kommunistische Partei zwar 1 698 764 Stimmen erhielt, aber nur 17 Sitze, während die Radikalsozialisten mit 798 581 108 Sitze gewannen. Die Gaullisten, die über genau zwei Prozent mehr Stimmen verfügen als die Kommunisten, haben 170 Sitze gegenüber den 17 Sitzen der Kommunisten.

Das ist der Erfolg des „Kampfes gegen den Kommunismus“, der Erfolg der „Dritten Kraft“, die es in gemeinsamer Hetze der gesamten Reaktion von den Sozialdemokraten bis zu de Gaulle nicht vermochten, die Massen der französischen Werktätigen in ihrem Vertrauen zu der Kommunistischen Partei, als einzigem konsequentem Friedenskämpfer, zu erschüttern. Sie haben nur ein neues Musterbeispiel für das gegeben, was man unter der Herrschaft des Kapitals als „Demokratie“ zu verstehen hat.

Geheimklauseln im Atlantik-Pakt

Ottawa. „Kanada sei nach einer Geheimklausel des Atlantik-Paktes verpflichtet, in jeden Staat, der dem Pakt angehört, Truppen zu entsenden“, erklärte der kanadische Außenminister, Lester Pearson, vor Pressevertretern. Pearson forderte die Pressevertreter auf, diese Erklärung nicht zu veröffentlichen. Auch der belgische Außenminister Spaak hat vor dem Parlament offen zugegeben, daß der Pakt „gewisse geheime Abkommen“ enthalte.

Fürchten sie die Diskussion?

Paris. In der französischen Nationalversammlung wurde mit Stimmenmehrheit ein kommunistischer Antrag niedergestimmt, der eine sofortige Eröffnung der Debatte über den Atlantikpakt forderte.

Weitere Heimkehrer aus der Sowjetunion

Berlin (UT). Zwei weitere Transporte ehemaliger Kriegsgefangener sind am Dienstag aus der Sowjetunion kommend im Heimkehrerlager Gronenfelde eingetroffen. Die Heimkehrer werden nach einer kurzen Quarantänezeit entlassen. In nächster Zeit wird sich die Zahl der heimkehrenden Kriegsgefangenen bedeutend erhöhen. Das Lager Gronenfelde hat bereits alle Vorkehrungen getroffen, um den erhöhten Anforderungen genügen zu können und eine möglichst schnelle Entlassung zu gewährleisten.

Verantwortlich handeln

Die Einladung des Deutschen Volksrates in Berlin an den Vorsitzenden des Parlamentarischen Rates, Dr. Adenauer, und den Vorsitzenden des Wirtschaftsrates, Dr. Köhler, in Braunschweig gemeinsam mit den Mitgliedern des Volksrates zusammenzukommen und zu beraten, erging zu einem Zeitpunkt, wo verantwortliche Männer und Frauen in Deutschland von tiefer Sorge um die Zukunft unseres Landes erfüllt sind.

Die Aufspaltung Deutschlands droht mit der Bildung des Weststaates endgültig zu werden. Die Tatsache, daß Westdeutschland ein Besatzungsstatut erhalten soll, würde bedeuten, daß Deutschland in absehbarer Zeit keinen Friedensvertrag erhält und daß der Zustand der Aufspaltung auf Jahrzehnte hinaus bestehen bliebe.

Weil es nicht der Wille verantwortungsbewußter Deutscher sein kann, einen solchen Zustand zu verewigen, hat der Deutsche Volksrat erneut einen Versuch unternommen, um in den für alle Deutschen gleich lebenswichtigen Fragen der Einheit Deutschlands und des Abschlusses eines Friedensvertrages mit den westdeutschen Politikern zu einer gemeinsamen Auffassung zu gelangen.

Die sich in jüngster Zeit anbahnenden Gespräche zwischen Menschen aus dem Westen und aus dem Osten Deutschlands haben gezeigt, daß es auch in Westdeutschland bereits viele Menschen in allen politischen Lagern gibt, die begriffen haben, welche Gefahren in der Aufspaltung Deutschlands begründet liegen. Männer und Frauen, auch aus dem bürgerlichen Lager, die kaum in den Verdacht geraten können, weltanschaulich mit den Kommunisten zu sympathisieren, aber doch klar erkannten, daß es nur in einem einigen Deutschland möglich sein wird, alle lebenswichtigen Fragen selbst zu entscheiden, fanden sich zusammen, um sich darüber zu unterhalten, wie die Spaltung zwischen Osten und Westen überwunden werden kann. Sie wissen, daß Deutschland nur dann leben wird, wenn es sowohl mit den Völkern im Westen, als auch im Osten gesunde Handelsbeziehungen unterhält.

Inzwischen haben die verschiedensten westdeutschen Politiker und Parteien sich mit den üblichen billigen Ausreden ablehnend zu dem Volksrat Angebot des gemeinsamen Handelns ausgesprochen. Sie haben mit keinem Wort die schwerwiegenden wirtschaftlichen Argumente, die für die Einheit sprechen, zu entkräften versucht. Noch steht aber die Frage der Annahme für den Parlamentarischen Rat in Bonn, für die einzelnen Länderparlamente und für den Wirtschaftsrat in Frankfurt offen. Es liegt bei diesen Institutionen, darüber zu entscheiden, was verlockender ist: gemeinsam mit den Menschen im Westen und Osten unseres Vaterlandes für eine unabhängige demokratische deutsche Republik einzutreten, oder aber einen westdeutschen Staat zu schaffen, der in völliger Abhängigkeit zu einem Anhängsel anderer Staaten wird. Sie mögen sich ihrer Verantwortung bewußt sein und danach handeln.

Wachsende Einsicht

Hermes und Nadolny zu Godesberg

Frankfurt. Die Godesberger Konferenz habe sich als notwendig erwiesen, um die im Potsdamer Abkommen den Deutschen zugebilligte Einheit zu festigen und zu vertiefen, äußerte Reichsminister a. D. Dr. Hermes auf einer Pressekonferenz. Man hätte sich dahingehend verständigt, den Geist der Verbundenheit durch weitere Besprechungen mit Vertretern der Ostzone wachzuhalten. Als Kernfrage sei die Zusammenführung des deutschen Westens und Ostens behandelt worden. Diese Behandlung höchst notwendiger Fragen stehe im Schnittpunkt weltpolitischer Entscheidungen. Der deutsche verantwortungsbewußte Politiker dürfe nicht schweigen und müsse den Besatzungsmächten gegenüber zumindest zu einem bescheidenen Veto greifen. Zu spät sei es, wenn man mit verschränkten Armen dem gegenwärtigen hochpolitischen Geschehen zusehe. Man dürfe das bequeme Geschehen nicht mit Realpolitik verwechseln.

Der frühere deutsche Botschafter in Moskau, Nadolny, wies entschieden die Pressemeldungen zurück, er habe im Auftrage einer ausländischen Macht an der Besprechung teilgenommen. Sein Wahlspruch als alter Diplomat hieße „Für Vaterland und Frieden“. Er betonte besonders, das Potsdamer Abkommen müsse von deutscher Seite nach wie vor als Magna Charta angesehen werden. Es sei die Grundlage für einen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland. Eine Fortführung der Besprechungen sei unbedingt notwendig, um den Einheitsgedanken jedem Deutschen immer wieder einzuprägen.

Kämpft mit UNSER TAG für nationale Unabhängigkeit!

Zollgrenzen mitten durch Deutschland

Von Heinrich Niebes, Mitglied des Bizonalen Wirtschaftsrates

Der Wirtschaftsrat hat am 4. März das Gesetz zur Errichtung einer Zolleinstelle und des Zollgrenzdienstes beschlossen und damit die Grundlage für weitreichende wirtschaftliche Veränderungen in Deutschland geschaffen. Das Gesetz bedeutet den Rückfall Deutschlands in die Kleinstaaterei. Was besagt das Gesetz?

Der § 3 enthält ganz offen die besonderen Absichten dieses Gesetzes. Dort wird nämlich bestimmt, daß die „Zoll-, Wirtschafts- und Devisengrenzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ durch den neu zu schaffenden Zollgrenzdienst (§ 4) zu bewachen sind und daß die Angehörigen dieses Zollgrenzdienstes (§ 5) entsprechende Bewaffnung erhalten und aus dem bisherigen Zollgrenzschutz, der unter der Befehlsgewalt der Militärregierung steht, übernommen und ausgetauscht werden. (§ 6).

Als Sprecher der KPD-Fraktion im Wirtschaftsrat habe ich in der Diskussion zur 2. Lesung des Gesetzes eindeutig erklärt, daß wir eine Ordnung an den Zollgrenzen, also dem Ausland gegenüber durchaus unterstützen, daß wir aber niemals damit einverstanden sind, Wirtschafts- und Devisengrenzen zu schaffen, die bisher noch nicht bestanden haben. Hier liegen nämlich die Tücken des Gesetzes, welche jetzt die Zollgrenze als Wirtschafts- und Devisengrenzen festlegt.

Die richtige Beleuchtung erfährt das Gesetz erst unter Berücksichtigung der Mitteilung der Militärregierung vom 12. 1. 1949 (Wirtschaftsratsdrucksache Nr. 922), worin die Regelung der Grenzkontrolle zwischen der britischen und sowjetischen Zone dem Wirtschaftsrat und damit einem künftigen westdeutschen Staat zur Aufgabe gemacht wird. Wir entnehmen aus diesem Memorandum, daß die britisch-sowjetische Zonengrenze bisher von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen durch rund 5900 deutsche Polizeibeamte bewacht werden und daß die Jahreskosten dafür etwa 30 Millionen DM betragen, die den Etat der Länder belasten.

Diese ungeheure Summe wird also lediglich in der britischen Zone verausgabt und die Kosten für die amerikanische Zone sind darin noch nicht enthalten, dürften aber zweifellos nicht geringer sein. Nun soll der sogenannte Grenzschutz allein in der britischen Zone um 5000 Mann verstärkt werden und hierdurch erhöhen sich die Jahreskosten nach Schätzung der Militärregierung um 20 bis 25 Millionen DM, d. h. also die Gesamtjahreskosten werden in Zukunft 50 bis 55 Millionen DM betragen. Wenn eine ähnlich hohe Summe für die amerikanische Zone hinzukommt, dann wird die 100 Millionen-Grenze erreicht.

Diese Kosten sind in Zukunft ebenso wie diejenigen der Zolleinstelle und des Zollgrenzdienstes von der bizonalen Verwaltung, später vom westdeutschen Staat zu tragen, und zur Deckung werden die Zolleinnahmen herangezogen, die dadurch aufgebraucht werden. Insgesamt handelt es sich um ein Objekt von rund 200 Millionen DM, wovon also die Hälfte

VVN zum Verbot ihrer Koblenzer Tagung

Berlin. Der Zentralvorstand der VVN für die sowjetisch besetzte Zone erklärt:

Der Militärgouverneur für die französische Besatzungszone, General König, verbot ohne nähere Begründung die für den 2. und 3. April in Koblenz angesetzte Tagung des Rates der VVN.

Das Verbot kann nur als eine weitere Maßnahme der Beschränkung der demokratischen Rechte des deutschen Volkes empfunden werden. Eine Maßnahme, die umso unverständlicher ist, als sie sich gegen jene Kräfte des deutschen Volkes richtet, die sich in den faschistischen KZ-Lagern und an allen Fronten, an denen aktiv gegen den Faschismus gekämpft wurde, die Anerkennung der Antifaschisten aller Nationen erringen konnten. In den Reihen der VVN befinden sich auch die deutschen Männer und Frauen, die Seite an Seite mit französischen Patrioten in der Resistance für Frieden und Demokratie kämpften. Seit dem Zusammenbruch des Naziregimes ist es das erste Mal, daß deutschen Antifaschisten die Möglichkeit genommen wurde, in einer deutschen Stadt zusammenzukommen, um über deutsche Fragen zu beraten.

Der Rat der VVN wird mit der gleichen Tagesordnung und mit gleichem Verantwortungsbewußtsein in einer anderen westdeutschen Stadt am 2. und 3. April zusammenzutreten.

Friedenswille ist stärker als Kriegshetze

Millionen fortschrittlicher Menschen bejahen den Pariser Weltfriedenskongreß

Paris. Zu den Zustimmungserklärungen für die Einberufung der Friedensanhänger im April in Paris, die von den fortschrittlichen Organisationen in den Ländern Europas täglich abgegeben werden, gesellen sich in immer größerer Zahl die Beschlüsse, die eine Teilnahme am Kongreß aussprechen.

Der Zentralrat der tschechoslowakischen Gewerkschaften, dem über 3 Millionen Mitglieder angehören, hat beschlossen, am internationalen Kongreß in Paris teilzunehmen.

Der Generalsekretär des Internationalen Verbandes der ehemaligen politischen Häftlinge hat im Namen der 10 Millionen Mitglieder des Verbandes ebenfalls die Teilnahme der Mitglieder am Weltfriedenskongreß bekanntgegeben. Außer diesen Organisationen haben folgende Vereinigungen ihre Beteiligung am Kongreß angekündigt: Das Pariser Komitee der Landesföderation der Deportierten und Internierten, der Teilnehmer der Widerstandsbewegung, die Organisation der Witwen Waisen zweier Kriege, der dem französischen Gewerkschaftsbund angeschlossene Verband der Handlungsreisenden, die Gewerkschaft der Arbeiter und Angestellten der Tuchindustrie im Departement Loire, der Gewerkschaftsverband der Holz- und Bauarbeiter des Pariser Bezirks, die Föderation der

auf die Zonengrenze im Osten entfällt. Ist diese Zonengrenze eine Wirtschafts- und Devisengrenze? Diese Frage ist zu verneinen und zwar unter Hinweis auf das Potsdamer Abkommen. Darin heißt es, daß Deutschland während der Besatzungszeit als ein einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten ist.

Mit dem vorliegenden Gesetz hat der Wirtschaftsrat seine Zuständigkeit überschritten und den Weg zu einer Trennung von Ost und West eingeschlagen. Die Zonengrenzen sind militärische Einrichtungen der Besatzungsmächte und können infolgedessen auch nur von den Besatzungsmächten selbst bewacht werden und dafür muß das deutsche Volk bekanntlich sowieso Besatzungskosten zahlen,

Westmächte verteilen deutsches Grenzgebiet

Hollands imperialistische Gebietsforderungen wurden bewilligt — Deutsche Kohle- und Oelvorkommen werden ausgeliefert

Hamburg. Die von Holland geforderten Gebietsabtrennungen entlang der westdeutschen Grenze sind bei den Pariser Besprechungen der USA, Frankreichs und Englands sowie der Benelux-Länder bewilligt worden, meldet die von der britischen Besatzungsmacht kontrollierte und unterstützte Zeitung „Die Welt“ am Dienstag.

Auf einer von über 5000 Teilnehmern besuchten Grenzlandkundgebung bezeichnete der katholische Probst von Heinsberg unter starkem Beifall die Abtrennung des Selkantegebietes von Deutschland als einen Akt des Unfriedens, der völkertrennend wirken und das bisherige enge Verhältnis zwischen Holland und Westdeutschland vergiften wird.

In dem betroffenen Gebiet weist man dar-

so daß sich zusätzlich Beträge für einen inneren deutschen Grenzdienst erübrigen.

Mit Rücksicht auf die große Not in Deutschland haben wir wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als Deutsche in Ost und West durch Grenzen voneinander zu trennen. Wir sollten alles tun, um sie über die Zonengrenzen hinweg miteinander zu verbinden und die unglückliche Teilung zu überwinden. Das ist zweifellos die Auffassung des gesamten deutschen Volkes, welches die nationale Einheit will und die Teilung Deutschlands entschieden ablehnt.

Das vorliegende Gesetz verstößt offensichtlich gegen diesen Grundsatz und die Kommunistische Partei ist die einzige, die gegen diesen Widersinn ankämpft. Denn die Rechtsparteien und die SPD haben gegen die Stimmen der Kommunistischen Fraktion in dritter Lesung für das Gesetz gestimmt und damit ihre wirklichen Absichten offenbart.

Westmächte verteilen deutsches Grenzgebiet

Hollands imperialistische Gebietsforderungen wurden bewilligt — Deutsche Kohle- und Oelvorkommen werden ausgeliefert

auf hin, daß Holland insbesondere an den dortigen Oel- und Kohlevorkommen interessiert ist. Die Niederlande sollen planen, die Kohlegebiete des Selkante durch eine neue Straße mit dem Limburger Kohlegebiet zu verbinden.

Britischer Zerstörungsplan für Kiel

Kiel. Auf einem Empfang teilte der stellvertretende britische Gouverneur für Schleswig-Holstein, Havilland, den schleswig-holsteinischen Ministern Preller und Dieckmann sowie dem Kieler Oberbürgermeister Gayk mit, daß die britische Regierung auf Vorschlag von General Robertson und Gouverneur Asbury plant, weitere Anlagen des Kieler Hafens zu zerstören.

Vier-Klassen-Spaltung in Westberlin

Folgen der neuen Währungs-Spekulation

Berlin. (UT.) Die angeblich aus „sozialen“ Gründen erfolgte Verfügung über die Umstellung auf die DM in Westberlin zieht nur noch tiefere Gräben in unsere gespaltene Stadt. Ohne den Ostsektor und ohne die Ostzone kann unsere westberliner Wirtschaft nicht leben, erklärten heute früh westberliner Gewerbetreibende einem Berichtserstatter des „Nachtexpress“.

„Wir sind wieder einmal schwer beschwindelt worden. Mit 15 Mark Kopfquote und einem halben Monatsgehalt sollen wir den ganzen Monat April nur mit der fragwürdigen Westmark leben.“ Das ist der Tenor der Gespräche der Arbeiter und Angestellten heute früh in den Berliner Verkehrsmitteln.

Jetzt wird die Spaltung sogar in die einzelnen Betriebe und in die Masse der Werktätigen getragen. Es wurden vier Klassen geschaffen, je nach Wohnort, Arbeitsplatz und Lebensmittelbezug.

Man bestraft also diejenigen, die nicht der Meinung sind, daß „Berlin zu Bonn“ gehört, sondern die Hauptstadt eines einheitlichen Deutschlands bleiben muß, und scheut sich nicht, der Welt die einzigartige Groteske eine politische Strafmaßnahme zu bieten. Das ist die Meinung politischer Kreise aus allen Sektoren Berlins, die sich ihr gesundes Urteil bewahrt haben.

Während sich im Ostsektor die deutsche Mark, gestützt durch eine gut funktionierende, im weiteren Aufbau befindliche Friedenswirtschaft nach dem wohlverdienten Zweijahresplan als eine solide Basis zur Hebung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung erweist, wird die Einführung der Westmark unter dem — wie selbst der „Telegraf“ zugeben muß — „rigorosen und unsozialen Bedingungen“ den Verfall Westberlins nur beschleunigen.

„Demokratische Freiheit“ in Westberlin

Berlin. Ein französisches Militärgericht verurteilte 22 Frauen und fünf Männer zu Gefängnisstrafen mit Bewährungsfrist, weil sie im französischen Sektor sowjetisch lizenzierte Zeitungen an Abonnenten geliefert hatten. Fünf weitere Botenfrauen erhielten Geldstrafen.

Urabstimmungen für Lohnstreik

Weitere Durchbrüche für Lohnerhöhungen erzielt

Frankfurt. Die Industriegewerkschaft Druck und Graphik der Bizone führt gegenwärtig eine Urabstimmung über einen Lohnstreik durch. Nach dem Streikbeschluß in München haben sich auch die Hamburger graphischen Arbeiter für den Streik erklärt. Aus einzelnen Orten Schleswig-Holsteins wird sogar eine 95prozentige Abstimmung für den Streik gemeldet.

Das graphische Gewerbe in Düsseldorf hat sich mit 80 Prozent und in Rhein-Wuppertal mit 90 Prozent für den Streik erklärt. Die Abstimmung der Stuttgarter graphischen Arbeiter am Montag ergab eine 95prozentige Entscheidung, die Arbeit niederzulegen. Ein endgültiges Ergebnis der Urabstimmung für die gesamte Bizone wird bis Freitag erwartet. Die Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr beschloß die Durchführung

einer Urabstimmung über einen Lohnstreik, falls die verschleppten Verhandlungen über einen neuen Tarif mit den Unternehmern nicht bis Donnerstag wieder aufgenommen sind.

Erfolg der Chemiarbeiter

Düsseldorf. Aus Gewerkschaftskreisen der Industriegewerkschaft Chemie, Papier und Keramik der Bizone wird mitgeteilt, daß für die Chemiarbeiter und -angestellten eine 15prozentige Lohnerhöhung vereinbart worden sei. Sie betonen, daß dies nicht als eine Verzichtleistung auf die weitergehenden Forderungen angesehen werden dürfe. Es sei ein erster Durchbruch für Lohnerhöhung getan.

Der Vorstand der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Rheinland-Pfalz hat an die Landesregierung eine Entschließung weitergeleitet, in der vor einer weiteren Verzögerung bei den Verhandlungen über die geforderte 30prozentige Lohnerhöhung gewarnt wird. Außerdem wird die endgültige Beseitigung der 6prozentigen Brüningschen Notverordnung für die Angestellten und Beamten verlangt.

Wirtschaftsbeihilfe erwirkt

Die Industriegewerkschaft Metall Rheinland-Pfalz hat mit den Unternehmern der Eisen- und Metallindustrie eine Vereinbarung geschlossen, wonach die bis zum 31. Dezember 1948 gekündigten Lohnvereinbarungen bis zum 30. April 1949 verlängert werden. Verhandlungen über eine Neuregelung müssen bis spätestens 15. April aufgenommen werden. Als Ueberbrückungshilfe wird für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. April 1949 eine Wirtschaftsbeihilfe gezahlt.

England verzögert Waffenstillstand im Nahen Osten

Amman. Neue englische Truppenverstärkungen und Rüstungsmateriallieferungen sollen in der transjordanischen Hafenstadt Akaba eingetroffen sein.

Im kommenden Haushaltsjahr wird England die Zuwendungen für die transjordanische arabische Legion von zwei Millionen auf 3,5 Millionen Pfund Sterling erhöhen.

Der Generaldirektor im israelischen Außenministerium, Dr. Eytan, erklärte, die israelische Waffenstillstandsdelegation auf Rhodos werde darauf bestehen, daß die englischen Truppen in den auf Rhodos vereinbarten Beschränkungen herabgesetzt werden, falls England sie nicht völlig zurückziehen wolle. Ein israelischer Sprecher hatte zuvor erklärt, daß die englischen Truppen in Transjordanien das Zustandekommen einer Waffenstillstandsregelung verzögerten.

UdSSR unterstützt Nord-Korea

Moskau. Zwischen der sowjetischen Regierung und einer nordkoreanischen Delegation unter Führung von Ministerpräsident Kim Ir Sen wurde ein Vier-Punkte-Abkommen vereinbart.

Der Vertrag sieht die Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern vor. Der Handel und Zahlungsverkehr soll erheblich gesteigert werden. Nordkorea wird eine sowjetische Anleihe erhalten, um Waren bezahlen zu können, die außerhalb dieses Abkommens zusätzlich geliefert werden. Schließlich wird die Sowjetunion Nordkorea auf technischem Gebiet unterstützen.

Marshallplan und Kriegsrußung bringen Riesengewinne

New York. Das amerikanische Automobil-Unternehmen Studebaker, dessen Generaldirektor der Marshall-Plan-Administrator Paul G. Hoffmann ist, erzielte 1948 einen Reingewinn von 19,2 Millionen Dollar gegenüber 9,13 Millionen 1947. Diese Summen verschwinden aber gegenüber den Gewinnen der großen Trusts: die General Motors 440 Millionen Dollar 1948 (287 Millionen 1947), die Shell-Union 111 Millionen 1948 (59 Millionen 1947), die General Electric 123 Millionen 1948 (95 Millionen 1947).

Kirche schützt Saboteure

Warschau. Die polnische Regierung überreichte den Würdenträgern der katholischen Kirche in Polen ein Denkschrift über das Verhältnis von Kirche und Staat. Darin wird festgestellt, daß die Kirche niemals die volksfeindlichen Elemente, die den Aufbau des neuen demokratischen Polen zu sabotieren versuchen, beschützen könne. Die polnische Kirche habe bisher nichts unternommen, wenn Geistliche solche Personen decken.

Vor Streik in Finnland

Helsinki. Die finnische Eisen- und Stahlindustrie steht unmittelbar vor einem Streik. Bei einer Urabstimmung haben sich die in Frage kommenden Gewerkschaften mit 12 000 gegen 700 Stimmen für einen Streik ausgesprochen. Von dem Streik würden 34 000 Arbeiter in 130 Fabriken und Werkstätten betroffen.

Die Aktion geht weiter

Sammelt für den Verteidigungsfond Max Reimann

Offenburg. Die Genossen der Kreise Waldshut überwiesern der Landesleitung für den Verteidigungsfond Max Reimann den Betrag von 274,15 DM.

Reimann-Abonnenten für „Unser Tag“ und spendete die Werbepremie von 5 DM für den Verteidigungsfond.

Genosse G. aus Freiburg warb 6 neue Abonnenten.

Genosse W. aus Freiburg spendete 10 DM.

Genosse Sch. aus Freiburg setzte 35 Zeitungen im Freiverkauf um und gewann einen neuen Abonnenten.

Wer meldet die nächsten Ergebnisse?

Aus dem Parteileben

Freiburg. Achtung Genossinnen! Am Freitag, den 25. März, 20 Uhr, treffen wir uns in der Vaubanstraße 12. In Anbetracht der Wichtigkeit der Zusammenkunft bitte pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Stockach. Am Samstag, den 26. März, 20 Uhr, findet im Restaurant zur Linde der nächste sozialistische Schulungsabend statt.

Gernsbach. Am Samstag, den 26. März, 20 Uhr, findet im Gasthaus zur Blume in Gernsbach-Scheuern eine Mitgliederversammlung statt. Die Genossen werden gebeten, pünktlich vollzählig zu erscheinen.

Kreis Offenburg. Am Sonntag, den 27. März, 8.30 Uhr, findet in Offenburg, Gasthaus zur Zauberflöte, eine Parteikonferenz des Kreises statt. Genosse Erwin Eckert wird anwesend sein. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagung ist es unbedingt erforderlich, daß alle aktiven Parteiarbeiter des Kreises, zumindest aber aus jeder Ortsgruppe und jedem Stützpunkt 2 Vertreter, an dieser Konferenz teilnehmen.

UNSER TAG / VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1

Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg

Verantwortlich: H. Jerrtrup

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur bei Beifügung von Rückporto

Verlag: Südwest-Verlag eGmbH., (17b) Offenburg

Hauptstraße 115, Postfach 351, Fernruf 2207

Erscheint dienstags, donnerstags und samstags

Bezugspreis monatlich 2.— DM, Postabon. 2,20 DM.

Zusammenarbeit zwischen Ost und West notwendig

Walter Ulbricht spricht zu Westdeutschland — Rede im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates

Im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates sprach Walter Ulbricht über die wirtschaftliche Lage in Westdeutschland und den Kampf um die Einheit Deutschlands. Seiner Rede entnehmen wir folgende Stellen:

Zahlreiche Äußerungen von Geschäftsleuten, von Arbeitern, Angestellten und von Unternehmern aus Westdeutschland zeigen, daß viele Bewohner Westdeutschlands von ernster Besorgnis erfüllt sind und sich die Frage stellen: wie soll es weiter gehen? Der Chefredakteur einer Offenbacher Zeitung hat mich zu einer Aussprache über diese Fragen eingeladen. In seinem Brief sagt er, so wie jetzt kann es nicht weiter gehen. Offenkundig sind viele deutsche Wirtschaftler in der Bizonen zu der Auffassung gekommen, daß die jetzigen Schwierigkeiten erst der Anfang sind.

Wirtschaftskolonie Westdeutschland

Vor einiger Zeit wurde groß verkündet, daß Westdeutschland jetzt frei exportieren kann. Kurze Zeit nach diesen feierlichen Erklärungen untersagte die JEIA den freien Transport von Waren nach Südamerika, nach den Ländern des Ostens und des Südostens. Die angloamerikanischen Besatzungsbehörden haben die Dollarklausel eingeführt und dadurch das westdeutsche Gebiet zu einer Wirtschaftskolonie gemacht.

Noch schlimmer sind die Auswirkungen des Ruhrstatuts. Nach Artikel 14 dieses Statuts haben die Ruhrbehörden, in der amerikanischen Finanzmagnaten die absolute Mehrheit haben, zu bestimmen, welche Mengen deutscher Kohle, Koks und Stahlproduktion für den Export oder für den innerdeutschen Verbrauch zur Verfügung stehen. Damit haben sich die amerikanischen Finanzherren zum Diktator über die gesamte industrielle Produktion Westdeutschlands gemacht.

Zwangsmaßnahmen wie unter Hitler

Nach Artikel 15 des Ruhrstatuts hat die Ruhrbehörde das Recht, Maßnahmen und Anordnungen

Über 30 Millionen Dollar Exportabschlüsse

Berlin. „Zum ersten Male hat die Leipziger Frühjahrsmesse wieder einen Umsatz, der an die besten Jahre der Friedenssätze erinnert“, erklärte Josef Orlopp, Leiter der Abteilung für Interzonen- und Außenhandel der DKW auf einer Pressekonferenz. Nach den endgültigen Feststellungen wurden auf der diesjährigen Frühjahrsmesse Exportgeschäfte in Höhe von 30 410 171 Dollar und Importgeschäfte im Werte von 2 162 153 Dollar abgeschlossen.

An den Exportabschlüssen sind in der Hauptsache beteiligt:

die Maschinenindustrie	mit 10,4 Mill. Dollar,
die Textilindustrie	mit 8,6 Mill. Dollar,
die Feinmechanik	mit 4,7 Mill. Dollar,
die Elektrotechnik	mit 1,7 Mill. Dollar,
die Chemische Industrie	mit 1,6 Mill. Dollar.

Der Ostsektor Berlins steht mit Abschlüssen von 2 Millionen Dollar bei den Exportumsätzen hinter Sachsen und Thüringen an dritter Stelle. Hier macht sich der durch den demokratischen Magistrat Berlins geschaffene Wandel besonders deutlich bemerkbar. Berlin war an den Exportumsätzen der Leipziger Messe in den Nachkriegsjahren bisher nicht beteiligt.

Von 33 Ländern, die Exportverträge abgeschlossen, steht das volksdemokratische Polen mit einem Drittel des Gesamtumsatzes an der Spitze.

gen deutscher Behörden zu ändern oder aufzuheben. Es besteht kein Zweifel, daß die Maßnahmen der angloamerikanischen Besatzungsmächte den wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen ähnlich sind, die der Hitler-Faschismus während der Okkupation in der Tschechoslowakei und in Frankreich durchführte.

Jeder Deutsche möge sich einprägen, was die Zeitung „New Herald Tribune“ über die geplante westdeutsche Regierung schreibt:

„Die geplante westdeutsche Regierung ist auf dem Status einer kolonialen Verwaltungsstelle reduziert, die nicht unter einem, sondern unter drei Vizekönigen, dem französischen, britischen und USA-Militärgouverneur oder ihren zivilen Nachfolgern operiert.“

Wie könnte die deutsche Wirtschaft wieder aufgebaut werden?

Walter Ulbricht wandte sich dann der von General Clay verhängten Blockade der Ostzone zu und sagte: „Indem General Clay die Zonenschränken erhöht, will er die Geschäftsleute in den Westzonen für die harten Bedingungen der JEIA gefügig machen. Die Erklärung der Zeitung der amerikanischen Militärregierung, die Wirtschaft der Ostzone breche nach einem Jahr zusammen, habe keine reale Grundlage. Jede westdeutsche Besucher der Leipziger Messe konnte sich davon überzeugen. Ob die Unternehmen der Westzone liefern oder nicht, die Erfüllung unseres Planes für 1949 ist schon weitgehend gesichert. Ich bitte alle Deutschen in Westdeutschland sich darüber Gedanken zu machen, mit welchem Erfolge die

deutsche Wirtschaft wieder aufgebaut werden könnte und Handel und Wandel belebt würde, wenn die demokratischen Kräfte in Deutschland sich einigen würden.

Was würde das Ergebnis des gemeinsamen Kampfes der demokratischen Kräfte für die Einheit Deutschlands sein?

1. Westdeutschland wäre nicht mehr dem Diktat der amerikanischen und englischen wirtschaftlichen Interessengruppen ausgeliefert, Deutschland könnte zu normalen Weltmarktpreisen Handel treiben und würde mit feinen Qualitätswaren am freien Wettbewerb auf dem freien Weltmarkt teilnehmen können.

2. Ein einiges Deutschland ist viel weniger von anderen Ländern abhängig. Die Waren, die Deutschland einführen müßte, könnte es mit Warenexport bezahlen, so daß jede Verschuldung und politische Abhängigkeit vermieden wird. Vor allem aber:

die Einigung der deutschen demokratischen Kräfte würde die Alliierten zwingen, einen Friedensvertrag zu gewähren.

Wir wenden uns an alle Deutschen im Westen und sagen ihnen:

Wer in Westdeutschland das Ruhrstatut oder Besatzungsstatut unterstützt, der ermuntert nur die amerikanischen und englischen Finanzherren, Westdeutschland noch mehr auszubeuten und zu einem Vasallenstaat zu machen. Wer sich an der Hetze gegen den Wiederaufbau in der Ostzone beteiligt, statt den Kampf zu führen gegen Ruhrstatut und gegen die Diktatur der amerikanischen und deutschen Konzernherren, wer hilft, den Marshallplan durchzuführen, der trägt die Mit-

verantwortung für die Drosselung der deutschen Exportindustrie, die Mitverantwortung für den Export der Erwerbslosigkeit aus den USA nach Deutschland.

„Die ungesetzliche Absperrung der Westzonen gilt es zu durchbrechen“

Angesichts der bevorstehenden Verfügung des Besatzungsstatuts für Westdeutschland genügt es nicht, Erklärungen des Bedauerns über diese Verewaltung der westdeutschen Bevölkerung abzugeben. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo sich die friedliebenden Deutschen verständigen müssen zur gemeinsamen Vertretung der nationalen Interessen unseres Volkes.

Heute ist es Zeit, zu erkennen, daß die Festigung der Demokratie der Ostzone für die Uebererfüllung des Wirtschaftsplanes eine Stärkung der Position der Kräfte in ganz Deutschland bedeutet, die den nationalen Interessen dienen gegen die Kolonisierungsmaßnahmen der Feinde unseres Volkes. Die von den amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden verfügte ungesetzliche Absperrung der Westzone gilt es zu durchbrechen durch die engere Zusammenarbeit der friedliebenden Kräfte und durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen, ob die westlichen Besatzungsmächte sie erlauben oder nicht. Es ist offenkundig, daß wir in diesem Kampf um die Einheit die Unterstützung der Sowjetunion, der volksdemokratischen Länder und der fortschrittlichen demokratischen Kräfte in den westlichen Ländern haben.

Den Kräften des Friedens und des Fortschritts gehört die Zukunft!

So kann es nicht weitergehen!

Der Herausgeber der „Offenbach-Post“, Udo Bintz, veröffentlicht am 15. März in seiner Zeitung einen offenen Brief an Walter Ulbricht, den 2. Vorsitzenden der SED, in dem er ihn zu einer Aussprache in Offenbach einladet. In dem Brief heißt es u. a.:

„Ueber aller Politik steht der Mensch... Auch wir hier im Westen sind über alle Politik hinweg fühlende Menschen, die mit unseren Brüdern im Osten leben, leiden, lachen. Und so meinen wir, Herr Ulbricht, daß wir uns auf dieser Basis des Menschseins einmal treffen sollten, um in aller Ruhe und Freundlichkeit uns über die im letzten Jahr so jäh aufgerissenen Gegensätze zwischen Ost und West zu unterhalten... Sie kommen jetzt, wie wir einer Dena-Meldung entnehmen, nach dem Westen, um sich hier umzusehen. Und deshalb... möchten wir Sie einladen, uns zu besuchen. Hier in Offenbach. Diese Stadt... hat genau die Atmosphäre, um sich das Bild zu machen, das Sie brauchen. Wir möchten mit Ihnen durch unsere Straßen gehen, mit Menschen sprechen: wir möchten Sie zusammenbringen mit „führenden“ und „kleinen“ Leuten... Hierbei sollen Sie ungehindert und offen sprechen... Ueberzeugen Sie sich davon, wie wir hier leben und denken. Und dann berichten Sie davon zu Hause. Wir versprechen uns viel davon. Denn so wie jetzt, kann es nicht weitergehen...“

Dieser Brief, der — wie wir wohl nicht zu Unrecht annehmen, auf Anregung Offenbacher Industrieller verfaßt wurde, beweist, daß die Zahl der einsichtigen Menschen in Westdeutschland, die die Notwendigkeit einer Ver-

bindung mit der Ostzone angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Westen begreifen, täglich größer wird. Und ganz besonders angesichts der grundverschiedenen Entwicklung drüben und hüben kann man auch verstehen, daß sich diese Kreise mit einem der führenden Politiker und Wirtschaftler der Ostzone über diese Entwicklung aussprechen wollen. Die Wirtschaft in den Westzonen steht vor einer ausweglosen Situation; das betont ja auch Udo Bintz, wenn er sagt: „...so wie jetzt, kann es nicht weitergehen“. Dies gilt in ganz besonderem Maße für seine Heimatstadt Offenbach, der Lederwarenmetropole Deutschlands. 217 Betriebe der Offenbacher Lederwaren-Industrie, das sind rund 30 Prozent, sind zur Kurzarbeit gezwungen. Gefüllte Lager an Rohhäuten und Fertigwaren harren der Verarbeitung und des Absatzes. Die Lederwarenindustrie ist bedroht von dem Gespenst der Krise und die arbeitenden Menschen von der Arbeitslosigkeit und damit dem Elend, weil es der Marshallplan so will. Aus der USA mußten Rohhäute von solch minderwertiger Qualität eingeführt werden, daß die Fertigware unverkäuflich liegenbleibt. Die JEIA unterbindet systematisch den Export. So liegen Exportaufträge für 10 Millionen DM vor, aber die JEIA genehmigt sie nicht. Und nach dem Osten darf nicht geliefert werden.

Das gleiche trostlose Bild bietet die Schuhwaren-Industrie in Pirmasens. 200 Betriebe sind bereits in Konkurs geraten. Nun sollen Kredite den vollkommenen Zerfall verhindern. Aber — die Kredite werden nur den „kre-

ditwürdigen“ Firmen zugebilligt, das heißt, die kleinen, schwächeren Betriebe bekommen keine und müssen zu Grunde gehen.

Geradezu katastrophal aber ist die Lage der Schmuck- und Edelstein-Industrie in Idar-Oberstein. Von 650 Betrieben sind Dutzende bankrott, 160 stillgelegt, 86 arbeiten verkürzt. Diese Industrie, die bisher die Hälfte der Bevölkerung ernährte, arbeitete früher fast ausschließlich für den Export. 50 bis 60 Prozent ihrer Erzeugnisse wurden von den heutigen Volksdemokratien in Mittel- und Osteuropa abgenommen. Der Marshallplan verbietet den Export nach diesen Ländern und verhindert genau so, daß die Idar-Obersteiner Schmuckwaren auf westlichen Absatzgebieten Zugang finden.

Weil es so nicht weitergehen kann, wächst auch in einsichtigen Kreisen des Bürgertums der Wille, aus diesem Dilemma herauszukommen und die Spaltung zwischen Ost und West zu überwinden. Daß dazu aber noch weitere Schritte notwendig sind, beweist die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland. Im Osten sehen wir eine langsame, aber stetige Aufwärtsentwicklung aus eigener Kraft, während es im Westen — gerade wegen der Marshallplan-„Hilfe“ — abwärts geht.

Walter Ulbricht hat geantwortet. Er hat anhand der Beispiele der Ostzone bewiesen, daß der dort beschrittene Weg auch für uns im Westen der einzige zum Erfolg führende Weg ist.



27. Fortsetzung

XX. Kapitel,

welches den bündigen Beweis erbringt, daß Primo Pádrele wirklich ein Geschäftsmann ist.

Zweihundzwanzig Jahre lagen zwischen dem Geburtsdatum von Primo Pádrele und jenem denkwürdigen Tag, an dem sein jüngerer Bruder Aurel das Licht der Welt erblickte. Im Laufe dieser Jahre hatte Primos Mutter ihm zwei Brüderchen und ein Schwesterchen geschenkt, die sich jedoch nicht lange in dieser Welt des Jammers und des Schmerzes aufhielten und im allerzartesten Alter starben. Nach dem Tode des Letzten seiner Geschwister blieb Primo etwa sechs Jahre lang der einzige Sohn und Erbe des gigantischen Kapitals des Hauses Pádrele. Seine Mutter, eine kranke, sentimentale und törichte Frau, vergötterte ihn, beide Großmütter und der Großvater mütterlicherseits liebten ihn über alles, Tag für Tag im Laufe der langen sechs Jahre hegte und pflegte man in ihm die Überzeugung, daß ihn ein wunderbares, märchenhaftes Geschick erwartete, welches er, dank seiner persönlichen Eigenschaften, unbedingt verdienen würde.

Als Primo im dreihundzwanzigsten Jahr seines Lebens unerwartet ein Brüderchen erhielt, faßte er dieses freudige Familienereignis als eine persönliche Katastrophe auf. Ein Mitterbe war erschienen, das Kapital, das er bereits als sein Eigentum betrachtet hatte, würde nach dem Tode des Vaters geteilt werden müssen, und zwar mit diesem Häufchen Unglück, gegen das nicht nur er, sondern auch die Eltern, geschweige denn die Großmütter und der Großvater eine fast offenkundige Antipathie hegten.

Es blieb die Hoffnung, daß der Neugeborene bald seinen Brüdern und der Schwester dahin folgen würde, wo sich keiner für Geld und Erbschaft interessiert. Aber das anfällige Kind wurde, obwohl es fast sämtliche Kinderkrankheiten durchmachte, doch jedesmal wieder ge-

sund, zur großen Freude der Ärzte und des ihn bedienenden Personals und zum großen Kummer seines älteren Bruders.

Nach Verlauf einiger Jahre wurde es zur Gewißheit, daß es dem kleinen Aurel vom Schicksal nicht vergönnt sei zu wachsen. Aus einem unerwünschten, überflüssigen Familienmitglied wurde er zur Quelle ihrer Schande. Es ist fast unmöglich, all die Klatschereien wiederzugeben, die in den alleraristokratischsten Salons Argentinas von Mund zu Mund gingen und die Gründe betrafen, die zu einer so seltenen Mißgeburt in einer der reichsten und mächtigsten Familien des Landes geführt haben mochten. Dieses Geschwätz enthielt auch nicht einen Funken Wahrheit, denn keiner kennt die genauen Gründe, aus denen heraus bei normalen Eltern zugleich mit normalen Kindern auch Liliputaner geboren werden. Doch die Klatschereien wurden hemmungslos fortgesetzt, was keineswegs die Sympathien der Verwandten für Aurel steigerte.

Es vergingen einige Jahre, einer nach dem anderen sanken die Repräsentanten der älteren Generation der Pádrele-Dynastie ins Grab, und die Brüder Primo und Aurel blieben die einzigen Besitzer der Firma.

Während dieser Zeit war Primo zu Erkenntnissen gelangt, die ihn mit der Existenz des wüsten Bruders einigermaßen aussöhnten. Die Tatsache seiner Mißgeburt gewann in den Augen des älteren Pádrele den Schimmer eines mildernden Umstandes. Freilich durfte man darin nicht Mittel mit Aurels unglücklichem Schicksal vermischen — Primo Pádrele war immerhin ein Geschäftsmann. Aber Aurel konnte keine Familie gründen und keine Erben hinterlassen, die ihren Anspruch auf einen Teil des Familienvermögens geltend machen konnten. Aurels Anteil mußte sowieso dem älteren Bruder zufallen oder aber den Kindern des älteren Bruders, wenn dieser vor ihm sterben sollte. Aurels private Ausgaben konnten sich bei einer so finanzkräftigen Firma in keiner

Weise ernsthaft auswirken. Und die Furcht vor der Gesellschaft, in der der jüngere Pádrele seine körperliche Unzulänglichkeit um so schmerzlicher empfand, führte schließlich dahin, daß Aurel menschenfeindlich wurde und alle seine Rechte in bezug auf die Führung der Geschäfte dem Bruder Primo übertrug, weil Primo klug und vorsichtig genug war, überall und mit allen Mitteln seine Zärtlichkeit und seine Liebe für das arme Brüderchen zu betonen. Er hatte immer Zeit gefunden, um mit Aurel zu spielen, als dieser noch ein Kind, und freundlich mit ihm zu plaudern, als er dem Kindesalter entwachsen war. Es war darum nicht weiter erstaunlich, daß das einsame tief unglückliche Kind, aus dem krankhaften Bewußtsein seiner Mißgestalt heraus böse, böse, böse und geistig zurückgeblieben, von tiefer Liebe zu dem einzigen Menschen durchdrungen war, der es mit Aufmerksamkeit und sichtlicher Fürsorge umgab.

Man könnte nicht behaupten, daß Primo Pádrele nach Ablauf der drei Jahrzehnte, die er mit Aurel unter einem Dache verbracht hatte, ihm gegenüber völlig gleichgültig geblieben wäre. Von der Zeit an, da er sich restlos darüber klar geworden war, daß Aurel von ihm nichts außer brüderlicher Liebe und unbedeutenden Geldausgaben verlangen werde, ertrug sich Primo Pádrele zuweilen auf einem seltsam wohlwollenden Gefühl seinem Bruder gegenüber. Das war natürlich nicht das, was wir Liebe oder Zärtlichkeit zu nennen gewohnt sind, doch war es immerhin ein etwas wärmeres Gefühl als gewöhnliches Geschäftsinteresse.

Man wird sich jetzt mit Leichtigkeit vorstellen können, welch einen Eindruck auf Herrn Primo die ungewöhnliche Kunde gemacht hatte, die ihm der Sekretär seines Bruders nach dem Zusammentreffen mit seinem groß gewordenen Chef gebracht hatte.

Zuerst hatte Primo natürlich kein Wort von diesem phantastischen Bericht geglaubt. Die wunderbare Geschichte des Tomaso Magaraj jedoch hatte ihn auf den Gedanken gebracht, daß Aurels seltsame Metamorphose mit jenem Dr. Popf in Bakbuk im Zusammenhang stehen könnte, von dem ein Direktor der „Bremsen“ AG. ihm vor einigen Tagen berichtet hatte. (Wir werden auf diesen Bericht noch zu sprechen kommen.) Und als Primo Pádrele zu diesem Schluß gekommen war, brauchte er keine

weiteren Beweise für die Wahrhaftigkeit der Darlegungen des Ogastes Carb. Das furchtbarste Unglück, das über Primo Pádrele hereinbrechen konnte, war geschehen: sein jüngerer Bruder war groß geworden und hatte aufgehört, eine Mißgeburt zu sein. Aurel war ein vollwertiger Mann, er plante bereits irgendwelche blödsinnigen Millionengeschäfte und hatte sich eine Braut angeschafft. Die Tage der unkontrollierten, selbständigen Geschäftsführung waren vorbei, ein Mann war erschienen und bereit, in das Geschäft einzutreten, der das Recht auf das halbe Vermögen hatte, das der ältere Pádrele ganz als sein Eigentum zu betrachten gewohnt war.

Das alles glich einem bösen Traum. Der Name der Firma „Gebrüder Pádrele“ erhielt zum erstenmal eine reale Bedeutung. Aufmerksam dem redseligen Ogastes Carb lauschend, überdachte Primo Pádrele die entstandene Situation. Irgendwo in dem allerferntesten Eckchen seines Bewußtseins tauchte für einen Augenblick gegenüber Aurel das Gefühl der Freude auf, verschwand jedoch sofort, um nie wieder zum Vorschein zu kommen. Es wurde abgelöst von dem Gefühl heftigen Mitleids mit sich selbst. Dann kam das Bedauern darüber, daß Aurel bei seiner letzten Krankheit nicht gestorben war. Primo Pádrele entsann sich, wie stark damals seine Versuchung war, der Krankheit mit einem einzigen Körnchen Gift nachzuweihen. Doch bis zum letzten Moment, bis zur Krise, hatte Primo gehofft, die Krankheit würde Aurel das Leben kosten, und konnte sich darum zu einem Mord nicht entschließen. Im Verlauf seiner über zwanzig Jahre währenden Geschäftsführung hatte er nicht nur Tausende von Mensch brotlos gemacht, sondern auch viele zu Selbstmord und Verbrechen getrieben. Doch sein Gewissen blieb ruhig: dagegen konnte man nichts machen, Geschäft blieb Geschäft. Menschen, die an der Börse spekulieren, müssen auf das Schlimmste gefaßt sein. Wenn er während einer Aussperung Zehntausende von Arbeitern auf die Straße setzte und damit ihre Familien zum Hungern und Betteln verurteilte, tröstete er sich mit dem Gedanken, dies verlangten eben die harten Gesetze des Lebens, so war es, und so wird es bleiben. Doch daß er ein Mörder sei, konnte er sich keinen Augenblick vorstellen.

(Fortsetzung folgt)

Südbadische Gewerkschafter tagen

Gewerkschafts- und Betriebsräte-Konferenz in Singen

Die am Samstag stattgefundene Gewerkschafts- und Betriebsrätekonferenz für den Seekreis in Singen war außerordentlich stark besucht. Koll. Reibel, der das Hauptreferat übernommen hatte, richtete dabei scharfe und temperamentvolle Angriffe gegen die Direktion Arbeit. Er erklärte, daß alle Anzeichen darauf hindeuten, daß von dieser Stelle, die in erster Linie für die arbeitsrechtlichen Gesetze verantwortlich ist, eine systematische Verzögerungs- und Verschleppungstaktik angewandt werde. Im Verlauf seines Referates stellte er die Frage: Wo bleiben die arbeitsrechtlichen Gesetze? Warum lassen sie solange auf sich warten? Er polemisierte in seinen weiteren Ausführungen gegen die Nichtverabschiedung des Urlaubsgesetzes. Sich den Lohnverhandlungen zuwendend erklärte der Redner, daß diese ins Stocken gekommen seien, weil von Seiten der Arbeitgeber immer wieder mit den Pressemeldungen argumentiert werde über große Preisstürze. In Wirklichkeit sei nicht nur kein Preissturz, eingetreten, sondern die Nahrungsmittelpreise kletterten systematisch in die Höhe. Bei diesen Meldungen handle es sich also lediglich um einen großen Humbug, der nur den Zweck verfolge, jede Lohnhöhung von vornherein zu sabotieren.

Büro und von Kommission zu Kommission. Zwei Entschlüsse wurden angenommen, die sich mit der Arbeitsrechtssetzung und dem Betriebsrätegesetz bzw. Mitbestimmungsrecht beschäftigen.

In der Diskussion betonte Koll. Hohlwegler, daß das Betriebsrätegesetz den gegenseitigen Vereinbarungen zwischen Unternehmervereinigungen und Gewerkschaften entspreche. Daher hätte man erwartet, daß sich der Partner auch daran hielte, müsse aber das Gegenteil erleben. Die Gewerkschaften hätten geglaubt, einen „neuen europäischen Wirtschaftsgedanken“ zum erstenmal auszuprobieren. Aber jetzt schon setze der Widerstand ein, gegen

den man mit der Bravheit, die man den Gewerkschaften nachsage, nichts zu machen sei.

Landtagsabg. Schüttler glaubte angesichts des Widerstandes der Unternehmer gegen Lohnhöhung immer noch vor Streiks warnen zu müssen. Demgegenüber forderten mehrere Diskussionsredner, daß man endlich wage, ein offenes Wort zu sprechen. Möglicherweise müsse man auch entschlossen zur letzten Konsequenz greifen. Man stehe am Beginn großer und schwieriger sozialer Auseinandersetzungen. Die Regierung müsse endlich Farbe bekennen und dem Landtag empfohlen werden, die wichtigen Arbeitsgesetze unwichtigen Gesetzen vorzuziehen.

Ernstere Sorgen der Rastatter Gewerkschaften

Der Vorstand des Ortsausschusses befaßte sich mit der Arbeitsmarkt- und Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung im Kreis Rastatt. Die Arbeitslosigkeit wächst von Tag zu Tag und immer noch gelangt keine Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung. Kein Tag vergeht, ohne daß Anträge auf Kurzarbeit, Kündigungen und Entlassungen beim Arbeitsamt gestellt werden. Der Beschluß der Unternehmerverbände der Westzonen in Wiesbaden, keine weiteren Lohnhöhungen zu bewilligen, zeigt seine Früchte. Das Fehlen von Arbeitsgerichten beginnt für die Arbeitnehmer katastrophal zu werden.

Drei Monate sind vergangen seit die Militärregierung das Betriebsrätegesetz genehmigt hat und immer noch fehlt die Wahlordnung

zur Wahl der Betriebsräte in Betrieben, Behörden und Verwaltungen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn der Verdacht ausgesprochen wurde, die Regierung triebe Verschleppungspolitik zu Gunsten der Unternehmer. Während Sport-Toto und andere Gesetze sehr rasch verabschiedet wurden, warten die Arbeitnehmer auf Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen. Der schleppende Gang der Preissenkungsaktion, der Schwarzhandel mit Fleisch, der freie Verkauf von Eiern für 50-60 Pfg. erbrachte scharfe Proteste gegen die machtlose Preisbehörde.

Die Aussprache ergab, daß die Stimmung in den Betrieben eines Tages zur Explosion führen muß, wenn den Arbeitern die Rechte des Betriebsrätegesetzes nicht eingeräumt werden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde beschlossen, am 1. Mai auch dieses Jahr die Werkstätten des Kreises mit Sonderzügen und sonstigen Verkehrsmitteln zu der Kundgebung nach Rastatt zu bringen und den Tag festlich zu begehen.

Kollege Wehrle berichtete über seine Bemühungen um Verlegung der Geschäftsräume des Ortsausschusses. Nachdem der Landrat seit Monaten die Räume des Wirtschaftsamt in Aussicht gestellt hatte, wurde am 6. März ganz plötzlich das Ernährungsamt in die Räume des Wirtschaftsamt verlegt. In der sofort durchgeführten Versammlung bei Oberbürgermeister Jäger wurde Kollege Wehrle aufgefordert, den Antrag schriftlich einzureichen. Der O.B. versicherte, daß er großes Interesse daran habe, daß die Gewerkschaften anständig untergebracht werden. Umso größer war das Befremden über den am 19. März 1949 vom Wohnungsamt erhaltenen Bescheid, daß es dem Antrag auf Zuweisung der Räume, Herrenstraße 26, nicht stattgeben könne. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter aus dem Kreis Rastatt sind aber mit Kollege Wehrle der Auffassung, daß es dem Oberbürgermeister nach wie vor möglich sein wird, unter Beweis zu stellen, daß er an einer anständigen Unterbringung der Gewerkschaften interessiert ist.

Am Schluß der Sitzung machte der Vorsitzende auf den dritten Teil des Wochenendkurses vom 25.-27. März aufmerksam, in welchem Kollege Faulhaber über das Betriebsrätegesetz und Betr.-Ing. Reimann, Kenzingen über betriebliche Probleme der Praxis sprechen wird.

Versammlung der Gewerkschaft Holz

Die Lehrer Arbeiter der Holzverarbeitenden Industrie tagten vergangene Woche, um zu den in Freiburg stattgefundenen Lohnverhandlungen Stellung zu nehmen.

Der Landesvorsitzende, Koll. Lipp (Freiburg), berichtete über die Lohnverhandlungen und gab bekannt, daß diese von den Gewerkschaften abgebrochen wurden, weil der Vertreter der Lehrer Unternehmer sich weigerte, Lohn in der Ortsklasse I und Ettenheim in die Ortsklasse II einzustufen. Dies, obwohl die Löhne bereits nach der Ortsklasse I bezahlt werden. Trotz wiederholtem Versprechen, die Neueinstufung vorzunehmen, weigern sich die Unternehmer immer noch. Im Gegensatz hierzu haben die Handwerker die neue Einstufung anerkannt und genehmigt.

Die im überfüllten Rathaussaal anwesenden Holzarbeiter brachten in einer Resolution zum Ausdruck, daß sie mit aller Entschiedenheit an der Einstufung von Lehr und Ettenheim in die Ortsklassen I und II festhalten. Zu dem am Freitag stattfindenden Lohnverhandlungen wurde ein Delegierter gewählt, der die Interessen der Lehrer Holzarbeiter vertreten soll. Die Lehrer Holzarbeiter brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, mit allen Mitteln den Kampf für ihre Rechte und Existenz aufzunehmen, falls das Unternehmertum sich weiterhin weigere, die berechtigten Forderungen der Arbeiter anzunehmen. Der Landesvorsitzende, Koll. Lipp, sicherte den Holzarbeitern die volle Unterstützung der Landesvereinigung zu.

Kollege Lipp referierte anschließend über das Betriebsrätegesetz und gab Aufschluß über die Rechte und Pflichten der Betriebsräte. Er wies darauf hin, daß die Arbeiterschaft ein Recht habe, in der Wirtschaft mitzubestimmen, da sie diese nach dem Zusammenbruch auch aufgebaut habe.

Suchdienst

Der SERVICE DES PERSONNES DEPLACÉES, Schloß Rastatt, Baden, bittet um Auskunft über das Schicksal oder die jetzige Adresse der folgenden vermissten Personen:

- FERTIG Joseph, in die deutsche Wehrmacht einberufen.
- FETIQUE Joseph, am 19. 3. 1922 geb.; am 16. 10. 43 einberufen. Letzte Feldpost-Nr. 66 295.
- FISCHER André, am 19. 3. 1917 geb.; am 30. 9. 1943 einberufen. Letzter Brief vom 28. 8. 1944. Feldpost-Nr. 18 296 Luftgaupostamt Posen; wurde am 1. 2. 1945 in Namur gesehen, von den Amerikanern gefangen genommen bei Dreibrunn.
- FISCHER Edouard, am 11. 8. 1922 geb.; am 12. 10. 1943 nach Kaiserslautern einberufen. Letzte Feldpost-Nr. 37 207; im Mai 1944 bei Sevastopol vermisst.
- FLICK Alphonse, am 14. 5. 1914 geb.; am 30. 9. 1943 einberufen.
- FLORENCE Jules, am 27. 3. 1913 geb.; letzte Feldpost-Nr. 21 764; letzte Nachricht vom 28. 8. 1944 aus Bobruisk (Rußland).
- FLORSCH François, am 28. 2. 1917 geb.; am 25. 6. 43 einberufen nach Warschau.
- FORPÉ Joseph, am 20. 3. 1924 geb.; am 14. 12. 43 nach Coburg einberufen. Letzte Feldpost-Nr. 22 508.
- FOURNIER Fernand Alexander, am 29. 7. 1911 geb.; am 18. 9. 1944 einberufen. Letzte Feldpost-Nr. 15 627; letzter Brief vom 17. 1. 1945, von der polnischen Grenze.
- FRANK Adolphe, geb. am 17. 6. 1916; am 28. 8. 1943 einberufen; letzte Adresse: Feldpost-Nr. 64 022 D.
- FRENZEL Charles, am 20. 2. 1919 geb.; 1943 einberufen. Feldpost-Nr. 26 288. Letzte Nachricht vom 11. 11. 1945 von Dulsburg.
- FREYMUTH Jean, am 17. 6. 1909 geb.; am 1. 8. 1944 einberufen; seit im Januar 1945 bei Krakau gesehen worden.
- FRICKER Jacques, am 25. 2. 1910 geboren; am 6. 11. 1944 einberufen.
- FRIEH René, am 14. 11. 1919 geb.; einberufen.
- FRITSCH Aloyse, am 18. 9. 1915 geb.; am 29. 9. 1943 einberufen.

Generalversammlung der Freiburger Metallarbeiter

Am Sonntag fand im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung des Ortsverbandes der Metallarbeitergewerkschaft Freiburg unter reger Teilnahme der Mitglieder statt. Nach dem Geschäfts- und Kassenbericht gab es eine lebhafte Aussprache. Hierbei kam zum Ausdruck, daß es nicht mit dem Gewerkschaftsgedanken vereinbar ist, wenn der Vorstand von sich aus Entscheidungen trifft, die die Interessen der Mitglieder unmittelbar berühren. So wurde ohne Befragen der Mitglieder vom Vorstand erst kürzlich beschlossen, den bestehenden Lohnvertrag nicht zu kündigen, obwohl infolge der eingetretenen Preissteigerungen die Löhne in keinem Verhältnis zu den erforderlichen Aufwendungen stehen. Ferner wurde bemängelt, daß der Vorstand nur ungenügende Initiative zur Mobilisierung der Metallarbeiter entwickelt habe, um die Inkraftsetzung des Betriebsrätegesetzes und des Gesetzes zur Errichtung der Arbeitsgerichte herbeizuführen. Angesichts der Bedeutung der Jugend im Kampf der Arbeiterschaft wurde die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit heranzuziehen, die Jugend aktiv zur gewerkschaftlichen Arbeit heranzuziehen, wobei besonders die Anstrengungen der Jugend um ein fortschrittliches Jugendarbeitsschutzgesetz hervorgehoben wurden. Ferner solle im Lehrplan der Gewerbe- und Berufsschulen durch Entsendung von Gewerkschaftern als Lehrer Sozial- und Wirtschaftspolitik eingeführt werden, um den Jugendlichen die Bedeutung des Gewerk-

schaftsgedankens frühzeitig näherzubringen.

Nach der Diskussion wurde die Wahl des Vorstandes, sowie der Delegierten zum Ortsausschuß und Verbandstag vorgenommen. Gewählt wurde zum 1. Vorsitzenden Kollege Weber, zum 2. Vorsitzenden Kollege Dold, zum Geschäftsführer Kollege Hillbich, und zum Jugendleiter Kollege Schmidt.

Abschließend sprach Kollege Martzloff über Sozialpolitik und Sozialversicherung. Hierbei mußte er zugeben, daß die Einheitsversicherung der Ostzone und des Ostsektors von Berlin Vorbildlich für den Neuaufbau der Sozialversicherung für ganz Deutschland ist. Allerdings können wir uns nicht seiner Auffassung anschließen, daß in Baden eine Unterbringung von Flüchtlingen aus den landwirtschaftlichen Berufen nicht möglich sei, da Baden über keinen Großgrundbesitz verfüge (!). Desgleichen ist sein Vorwurf, die Jugend wolle sich nicht die Hände schmutzig machen und ginge deshalb in die kaufmännischen Berufe, unberechtigt. Die Ursache ist vielmehr darin zu sehen, daß die Berufe in Handwerk und Industrie sich durch besonders niedrige Löhne auszeichnen. Die Versammlung war ein erneutes Zeichen dafür, daß sich die Gewerkschafter immer mehr bewußt werden, daß ihre Organisation zu einem Kampfinstrument geformt werden muß, ohne welches die Sicherung ihrer Existenz nicht gewährleistet ist. (tt)

Was unsere Leser schreiben:

„Wenn Arbeiter krank sind“

Auf Ihr Schreiben vom 10. 3. möchte ich es nicht unterlassen, Ihnen meine wirtschaftliche Lage zu schildern.

Seit 3. 10. bin ich krank, arbeitsunfähig, kann also nichts verdienen. Bekomme wöchentlich 13,58 DM Krankengeld. Das sind also monatlich genau 54,32 DM. Davon bezahle ich Miete 25 DM, 4 DM Versicherung, die ich jetzt auch schon drei Monate nicht mehr bezahlen konnte. Für Milch und Brot 10 DM, das sind monatlich 40 DM, das sind zusammen 65 DM. Und nun habe ich noch keine Teigwaren und Zucker, Butter, Fleisch, noch gar nichts.

Wir sind 7 Personen im Alter von 10, 12, 15, 17, 19 Jahre alt. Die 17jährige arbeitet in einer Silberfabrik, die 19jährige ist in Stellung, der 15jährige Junge lernt in Radolfzell Maurer. Die beiden Mädchen brauchen doch auch Geld, wenn sie nicht in Lumpen herumlaufen wollen. Nun, was meinen Sie? Ich vermisse die Zeitung schwer, zudem als alter Kämpfer. An Essen kann ich nicht mehr sparen, da ich ja sowieso nicht alles kaufen kann, was mir zusteht. Ein Beweisstück: meine Frau ist 50 Jahr und wiegt noch 92 Pfund, der Junge mit 10 Jahren 50 Pfund.

Es wäre auch besser, wenn die Lebensmittel Anfang des Monats aufgerufen würden, dann könnte jeder den Monat durch halten, wie er Geld hat; so hat man alles auf einmal Ende des Monats. Wo bleibt da der Verstand bei den Ernährungsämtern? Mein Rentenantrag läuft nun schon 8 Wochen, bis heute habe ich noch keinen Bescheid, ob ich etwas bekomme oder nicht. L. R.

„Nach 41 Dienstjahren“

Ich beziehe mit 41 Dienstjahren bei der Eisenbahn, bei welcher ich als Schlosser beschäftigt war, eine Rente von monatlich 124 DM.

Nun bestehen bei dieser Firma verschiedene Lohnsätze, Tariflohn und Zulagen. Der Tariflohn beträgt hier bei einem Handwerker 6,67 DM pro Tag; 312 mal 6,67 gleich 2081 DM. Davon 75 Prozent ergibt 1560 DM. Dann wird der erste Betrag auf 2000 DM, der zweite auf 1500 DM abgerundet, das sind also 140 DM weniger. Die Renten werden nur nach dem Tariflohn berechnet,

während die Beiträge nach dem Gesamteinkommen abgezogen werden.

Der Gesamtlohn betrug mit Zulage rund gerechnet 2500 DM. Dazu kommt noch eine monatliche Erschwerniszulage von 30 DM, das ergibt einen Betrag von 360 DM. Diese Zulage wurde ab 1. 10. in den Tariflohn eingebaut. Die Bezüge kommen aber bei der Berechnung nicht in Betracht.

Diese Satzung wurde 1940 im Nazis-Regime eingeführt und besteht heute noch bei der reaktionären Eisenbahn-Direktion Karlsruhe, weil es eben Gewinn einbringt, ohne daß die Gewerkschaft schon dagegen Stellung genommen hat.

Uebrrall liest man von Säuberung, aber diese Nazimachenschaften werden nicht aus der Welt geschafft und eine solche Rente so niedrig, wäre

Wieder „Ostflüchtlinge“

Mösbach. Der Landtag hielt es für notwendig, als Landtagsabgeordneter Büche darauf hinwies, daß ein Großteil derer, die seit der Besetzung die Ostzone verlassen haben, kriminelle Elemente sind, diese „Ostflüchtlinge“ in Schutz zu nehmen. Auch wir haben in unserer Gemeinde einen dieser „Flüchtlinge“, der unserer biederen Einwohnerschaft nicht genug von den furchtbaren Greueln zu berichten wußte. Zwischenzeitlich erhielt er nun aus der Ostzone Nachricht von seiner Frau, die dort als Volkspolizistin Dienst tut, daß er ruhig zurückkehren könne, es würde ihm, wenn er arbeite, nichts passieren.

Unser Flüchtling hatte aber leider hierzu kein Geld. Er beschloß deshalb, bei seinem Arbeitgeber eine „Anleihe“ in Höhe des gesamten Barbesitzes des Bauern aufzunehmen und das Weite zu suchen. Er fuhr nach Appenweiler, wo er sich von Kopf bis zu Fuß einkleiden ließ. Ebenso erstand er auch ein neues Fahrrad. Jedoch er hatte Pech. Die Polizei arbeitete zu rasch, so daß er mit den über 1000 DM, die er noch bei sich hatte, nicht nach dem Osten gelangte.

Was er wohl alles da drüben über das west-

ein Anreiz zum Verbrechen, wenn man dazu veranlagt wäre. So bin ich gezwungen, mit bald 66 Jahren sonst ein Einkommen zu sichern, denn das ist zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig. Die Unfallrenten, die ich noch beziehe, werden bei den andern Beträgen in Abzug gebracht.

Fr. H.

Eine Hausfrau schreibt

Bei der kürzlich erfolgten Eierzuteilung wurden die Einzelhändler mit Eiern beliefert, die teilweise nur 35-40 g wogen. Soviel uns bekannt, ist jedoch das Mindestgewicht auf 50 g festgesetzt. Wir Hausfrauen verlangen, daß in Zukunft die Belieferung des Einzelhandels mit solchen Untergewichtseiern unterbleibt, oder daß letztere zum halben Preis abgegeben werden. Diese Maßnahme würde vor allem von jenen Verbrauchern begrüßt werden, die heute nicht in der Lage sind; den hohen Preis von 30 Pfg. pro Stück zu bezahlen.

Merkwürdige Zuzügler

Rheinfelden. Immer wieder werden dem Stadtrat „Zuzugsgenehmigungen“ vorgelegt von Verfolgten, die aus der Ostzone kommen, die natürlich ihre Gesuche mit allerhand Greuelmärchen zu bekräftigen wissen, daß sie nur mit viel Glück dem Genickschuß entronnen wären. Die Tränenrösten der Stadträte fangen auch sofort an in Tätigkeit zu treten. Aber wie oft wurde man in ganz kurzer Zeit schon eines anderen belehrt. Ein jüngst eingetretener Fußballkünstler verschwand sofort wieder, aber nicht ohne, daß er bei verschiedenen Bürgern eine kleine Anleihe aufgenommen hatte. Einer ist sogar mit dem PKW, un-

ter Mitnahme einiger Schreibmaschinen seines Chefs wieder verschwunden. Es ist ganz selbstverständlich, daß es für solche Elemente recht ratsam ist, die Ostzone zu verlassen, möchten aber raten, auch hier bei uns etwas vorsichtiger zu sein.

Kreisversammlung der VVN

Am Samstag fand in Achern die Kreisversammlung der Verfolgten des Nazistystems statt. Der Vorsitzende, Kam. Keim, gab in seinem Jahresbericht einen allgemeinen Überblick über die Organisation und deren Tätigkeit. Zur allgemeinen Lage übergehend wies er darauf hin, daß bis heute, obwohl wir seit über drei Jahren in einer angeblichen Demokratie leben, immer noch keine Wiedergutmachung erfolgt sei. Dies beweise, daß man entschlossen sei, die Kämpfer für Demokratie, Frieden und Freiheit auszuschalten, während von der Regierung andererseits an die ehemaligen Nazis hohe Wartestandsgelälter und Pensionen bezahlt würden. Unter diesen Umständen von einer Demokratie zu reden, sei Heuchelei. Der Redner gab in seinen weiteren Ausführungen konkrete Fälle bekannt wie diejenige, die uns in die furchtbare Lage hineingeführt haben, heute bereits wieder protegiert werden. Wir verlangen unser Recht, erklärte Kam. Keim und sind der Meinung, daß es für einen demokratischen Staat eine Ehrensache sein müßte, seine Vorkämpfer für ihre Verluste zu entschädigen.

In der Diskussion wurde lebhaft an dem Verhalten der staatlichen Organe Kritik geübt und verlangt, daß diese Wiedergutmachung sofort zu erfolgen habe. Des weiteren wurde beantragt, daß die Mitglieder der VVN vom Lastenausgleich ausgenommen werden, weil sie zur Zeit des Dritten Reiches bereits genügend geschädigt wurden.

Eine Reorganisation der Kreisvereinigung wurde vorgenommen.

Bei den Neuwahlen wurde Kamerad Keim, Achern, als I. und Dr. Wotho, Schwarzbach, als II. Vorsitzender wiedergewählt. Als Kassierer fungiert weiterhin Kam. Honnef, Achern. Als Beisitzer wurden gewählt: Bürgermeister Schaufler, Neusatz, Rinschler, Bühl, Graf, Achern (Mdl.). Juristischer Beirat wurde Dr. Hährle, Bühl, und Schriftführer Huber, Seebach.

AUS UNSERER HEIMAT

Redaktion des Heimats: Freiburg
Vaubanstr. 12, Tel. 2249 und 3043
Verantwortlich: H. Schäfer

Fahrplanänderung

Ab Montag, 21. März, tritt auf der Omnibus-Linie Freiburg-Waldkirch folgende Fahrplan-Änderung ein:

Abfahrt Freiburg-Hauptbahnhof	ab 12.15
Denzlingen-Bahnhof	an 12.35
Waldkirch	an 12.50
Waldkirch	ab 12.55
Freiburg-Hauptbahnhof	an 13.25
Freiburg-Hauptbahnhof	ab 13.30
Waldkirch	an 14.00
Waldkirch	ab 14.05
Denzlingen-Bahnhof	ab 14.20
Freiburg-Hauptbahnhof	an 14.40

Biologentagung

Freiburg. Die Naturforschende Gesellschaft Freiburg i. B. lädt zu einer Vortragsreihe ein, welche der „Verein der Lehrer an höheren Schulen Südbadens“ und der „Badische Landesverein für Naturkunde und Naturschutz“ veranstaltet.

Es sprechen: Prof. Dr. J. Schumacher: „Irrwege in Biologie und Medizin“. Dr. H. Schumacher: „Philosophie und Theoretische Biologie“. Dr. R. Nold: „Goethesches Denken in der Biologie“. Zeitdauer jeder Vortrags etwa 20–30 Minuten. Ort: Hörsaal 90 des Universitäts-Hauptgebäudes, Belfortstraße 11. Zeit: Freitag, den 25. März 1949, 18 Uhr.

Veranstaltungen

Die Oberbadische Handpuppenbühne Freiburg spielt am Sonntag, den 27. März, im Saal des Gasthauses zum Grünen Baum in der Loretostraße das Stück: „Wie Kasperl das Gruseln lernte, bearbeitet nach dem Grimmschen Märchen: Wie einer auszog, das Gruseln zu lernen. Es finden zwei Vorstellungen statt: Um 14.30 Uhr und 16.30 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt für alle auf allen Plätzen DM —.60.

Aus den Gewerkschaften

Die Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner Freiburg hält am Samstag, den 26. März 1949, 19.30 Uhr, im Kolpinghaus Freiburg, Karlstr., eine Eisenbahn-Beamtenversammlung ab. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Die Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner Freiburg hält am Sonntag, den 27. März 1949, 8.30 Uhr, in der Kantine des Hauptbahnhofs Freiburg ihre Mitgliederversammlung ab. Da neben dem Tätigkeitsbericht und Kassenbericht auch die Neuwahlen der Ortsverwaltung vorgenommen werden, ist das Erscheinen der Mitglieder notwendig.

Am Freitag, den 25. März 1949, vormittags 8.30 Uhr, findet im Heimatsaal der Harmonie eine Betriebsratkonferenz für alle Betriebsräte von Freiburg und Umgebung statt. Es spricht der Vorsitzende des Badischen Gewerkschaftsbundes, Kollege Reibel.

Vereinsnachrichten

Vor kurzem hielt der Geflügelzuchtverein Freiburg und Umgebung im Gasthaus zum Zähringer Tor seine gut besuchte Jahres-Hauptversammlung ab. Aus den verschiedenen Referaten ging hervor, daß sich der Aufbau der Rassegeflügelzucht im Breisgau zwar langsam vollzieht, aber doch stetig vorwärts kommt. Beschlossen wurde, einige wertvolle Hühnerrassen, die seit dem Zusammenbruch verschwunden sind, neu zu beschaffen und für ihre Fortentwicklung auch tatkräftige Züchter zu gewinnen. Im September soll eine Junggeflügelzucht abgehalten werden. Auch werde man sich bemühen, die diesjährige Kreisschau in Freiburg unterzubringen. Der bisherige 1. Vorsitzende, Joh. Imbery, der auch weiterhin den Verein leitet, wurde um seiner Verdienste willen einstimmig zum Ehrenvorsitzenden berufen. Für 25- und 30-jährige Mitgliedschaft wurden die Zuchtfreunde Karl Tritschler, Georg Scherer und Frau Pfister zu Ehrenmitgliedern ernannt. An den Vereinsversammlungen, die zunächst allmonatlich im „Zähringer Tor“ stattfinden, und in denen lehrreiche Vorträge über die Rassegeflügelzucht gehalten werden sollen, können auch Nichtmitglieder, die sich für die Hühnerzucht interessieren, teilnehmen.

Generalversammlung des MGW „Frohsinn“ Littenweiler

Der Jahresbericht des MGW „Frohsinn“, Littenweiler weist für das abgelaufene Geschäftsjahr nicht nur eine von gutem Erfolg begleitete Tätigkeit auf kulturellem Gebiete auf, sondern auch eine über Erwartung gesteigerte Zunahme der Mitgliederzahl. Mit insgesamt 167 Mitgliedern geht der Verein in sein neues Geschäftsjahr und einem recht befriedigenden Kassenbericht Unter der Stabführung seines Chordirigenten Gustav Kopp verließ der Chor das rein vereinsmäßige Singen, wie es noch hier und da in kleineren und Vorortvereinen üblich ist, sondern beschritt den Weg eines konzentrierten Chorgesangs durch Veranstaltung öffentlicher Stuhlkonzerte, mit dem er im Mai d. Js. mit einem ausserordentlichen Programm in Erscheinung treten wird. Eine große Aufgabe steht ihm zu seinem 50-jährigen Jubiläumskonzert in Freiburg im Herbst d. Js. bevor.

In den engeren Vorstand wurden gewählt: Kaufmann August Oesterle, 1. Vors., Redakteur Walter Preis, 2. Vors., Kaufmann Otto Riest, Schriftführer, Uhrmachermeister Rudo. p. Ehret, Kassierer. Zum Ehrenchormeister wurde der frühere langjährige Dirigent des Vereins, Hauptlehrer Karl Weiß ernannt.

Freiburger Chronik

Vor kurzem fuhr ein stark angetrunkenen Kraftfahrer mit seinem PKW am Ortsausgang von Zähringen auf einen dort parkenden Lastkraftwagen auf. Während er sich leichte Verletzungen am Gesicht zuzog, wurde sein Fahrzeug schwer beschädigt. Bis zu seiner Ernüchterung wurde er in Polizeigewahrsam genommen und das Fahrzeug sicher gestellt.

Aus dem Flur eines Hauses in der Günterstalstraße wurde ein verschlossen abgestelltes Fahrrad entwendet. Marke Arista, Fabr.-Nr. E 37 798.

In der Schützenallee wurde ein 6 Jahre alter Junge, der unachtsamerweise vom Gehweg auf die Fahrbahn sprang, von einem PKW angefahren und verletzt.

Aus einem verschlossen aufgestellten Stall im Hofe eines Anwesens im Imberyweg wurden 6 Stallhasen gestohlen.

Auf der nassen Fahrbahn der Karlsruher Straße kam ein PKW ins Rutschen und fuhr in den dortigen Roßbach. Während das Fahrzeug leicht beschädigt wurde, kam der Fahrer mit dem Schrecken davon.

Auf einer Trümmerstätte in der Barbarastraße wurde ein Herrenfahrrad, das vermutlich aus einem Diebstahl herrührt, aufgefunden und kann vom Eigentümer bei der Kriminalpolizei abgeholt werden.

Aus einer Werkstätte im Langackerweg wurden einige alte Elektromotore im Gesamtwert von etwa DM 300.— von unbekanntem Täter gestohlen.

In der Wohnung eines Rentners in der Jensenstraße entstand ein Zimmerbrand, wobei Fahrnis- und Gebäudeschäden zu verzeichnen sind. Die Ursache war das Explodieren eines Taschenfeuerzeuges.

In der Johannerstraße stürzte ein Mann in stark angetrunkenem Zustand vom Fahrrad. Er wurde in die chir. Klinik gebracht, wo neben äußeren Verletzungen ein Schädelbruch festgestellt wurde.

Ein auswärtiger Kaufmann fuhr in angetrunkenem Zustand mit seinem Kraftwagen auf der Gehweg in der Goethestraße, wobei er Fußgänger erheblich gefährdete.

Durch die Markgrafenstraße fuhr ein acht-

zehnjähriger Lehrling auf seinem Fahrrad mit übermäßiger Geschwindigkeit. Dabei fuhr er einen 11 Jahre alten Jungen, der die Fahrbahn überqueren wollte, an. Der Junge stürzte gegen den Bordstein und wurde erheblich verletzt.

An der Straßenbahnhaltestelle Bleichestraße wurde eine ältere Frau während des Aussteigens aus der Tram von einem Bäckerlehrling mit dem Rad angefahren und zu Boden geworfen.

Vor der Wirtschaft zum Schönblick wurden zwei verschlossene Fahrräder gestohlen. Ein Herrenrad Marke Adler, Fabr.-Nr. 1 295 221 und ein Damenfahrrad, Marke Arista, Fabr.-Nr. unbekannt.

In der Markgrafenstraße wurde ein älteres Herrenfahrrad, Marke und Nummer unbekannt, gefunden. Es befindet sich bei der Kriminalpolizei und kann dort vom Eigentümer in Empfang genommen werden.

Ein auswärtiger wohnhafter Mann, der zur Zeit wegen Geistesgestörtheit in der Universitätsnervenklinik hier untergebracht ist, hat sich gegen 13 Uhr unbemerkt entfernt. Kurze Zeit später wurde er von einem Polizeibeamten in der Habsburgerstraße aufgegriffen und in die Klinik zurück gebracht.

Ecke Günterstal- und Schillerstraße stießen ein LKW und Kraftdreirad zusammen. Letzteres Fahrzeug wurde umgeworfen und erheblich beschädigt.

In der letzten Zeit wurden mehrfach die Glasscheiben an öffentlichen Feuermeldern mutwilligerweise eingeschlagen und teilweise die Feuermelder in Tätigkeit gesetzt.

Gegen 12 Uhr, wurde ein vor der Gewerbe-straße der Engelbergerstraße unverschlossen abgestelltes Herrenfahrrad gestohlen. Marke Opel-Flitzner, Fabr.-Nr. 1 331 463.

An der Sonnhalde wurde ein Gartenhäuschen eingebrochen und daraus ein Korbliedstuhl, ein Fenster mit Rahmen, entwendet.

Vor dem Augustinermuseum wurde ein Handwagen, den die Besitzerin für kurze Zeit dort abgestellt hatte, von unbekanntem Täter gestohlen.

Tribüne der Aussprache

Ein Kriegsversehrter aus Freiburg schreibt uns zum Thema:

Zuzugsgenehmigung

folgendes:

Ich bin Kriegsversehrter der Stufe III und habe meine alte Mutter, die bereits über 80 Jahre alt ist, bei mir. Sie ist nicht mehr in der Lage, eine vollwertige Hausfrau zu ersetzen. Vor drei Jahren lernte ich ein Mädel kennen, das obdachlos war. Ich wollte sie für kurze Zeit aufnehmen, bis sie ein Zimmer gefunden hatte. Trotz wochen- und monatelanger Bemühungen war damals kein Zimmer aufzutreiben. In dieser Zeit besorgte sie mir den Haushalt. Da ich weitgehend arbeitsunfähig bin, wollte ich sie als Haushaltshilfe in Anspruch nehmen und besprach die Angelegenheit auf der weiblichen Abteilung des Arbeitsamtes. Nach langem Hin und Her landete ich bei der Abteilungsleiterin, die mich erst kurzerhand abschieben wollte. Als ich ihr meinen Versehrtenausweis zeigte, hatte sie nur ein spöttisches „Ha“ und eine Handbewegung übrig. Schließlich fragte sie, wozu ich eine Hilfe brauche, denn als langjähriger Soldat müsse ich doch Waschen, Flickern und Kochen gelernt haben. Außerdem solle ich doch meine Wohnung aufgeben und mir ein Zimmer mieten, wenn ich nicht instande wäre, den Haushalt weiter zu versorgen. Wie könne sich außerdem das Mädel erlauben, zu einem x-beliebigen Manne (!) zu ziehen?

Abgesehen davon, daß sie mit diesen und ähnlichen Aeußerungen all die Mädel beleidigte, die einem alten oder kranken Kriegsversehrten den Haushalt versorgen, und damit schließlich behauptete, daß diese Mädel ein unsauberes Leben führen, ist die ganze Art und Weise, mit der man als Kriegsversehrter von solchen Amtsfraulein behandelt wird, skandalös. Natürlich wurde der Zuzug für das Mädel nicht genehmigt und ich mußte noch manche Instanzen durchlaufen, bis es mir schließlich doch gelang, den Zuzug durchzudrücken. Aber nur unter der Bedingung, daß wir heirateten und gerade das hatten wir uns immer wieder überlegt, denn in der heutigen Zeit ist es doch eine große Verantwortung. Ich möchte fragen, warum man uns Kriegsversehrten immer noch solche Schwierigkeiten macht? (r)

Schliengen. Beim dortigen Bahnhofsvorstand scheint man sich noch nicht bewußt geworden zu sein, daß der Krieg bereits seit 4 Jahren beendet ist. Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß im Warteraum noch immer die blauangestrichene Birne aus der Luftschutzzeit in Benutzung ist. Allabendlich ertönt das Fluchen der Reisenden, wenn sie wegen der mangelhaften Beleuchtung über die dort lagernden Gepäckstücke stolpern. Wir nehmen an, daß diese Anregung genügt, um in Schliengen den Schlaf des Bahnhofsvorstandes zu unterbrechen und ihn zu veranlassen, der Jetztzeit den entsprechenden Tribut zu zollen. (bü)

Ein feiner Verein

Gundelfingen. Am Dienstag, 15. März, fand in Gundelfingen eine Gemeinderatssitzung statt, auf deren Tagesordnung nicht weniger als 15 Punkte standen. Da der Punkt 1 der Tagesordnung, die Neuwahl des Beigeordneten, trotz eines Gegenantrags der KP behandelt wurde, soll doch etwas dazu gesagt werden. Man beschuldigt den früheren Bürgermeister und jetzigen Beigeordneten Rist des Forstdiebstahls. Es ist bemerkenswert, daß diese Sache nicht der Polizei übergeben wurde. Dazu kommt, daß auch der Waldhüter Schüssle nicht unbeteteiligt an der Sache ist, der einem gewissen Teil der Gundelfinger über den Kopf des Bürgermeisters hinweg Nutzholz für Brennzwecke beschaffte. Dies zu einer Zeit, in der die übrigen Gundelfinger vollkommen ohne Holz dastanden. Bezeichnenderweise wurde ausgerechnet von Herrn Bauer der Antrag der KP abgelehnt, die eine eingehende Untersuchung der Angelegenheit gefordert hatte. In der Diskussion stellte sich heraus, daß die Pächter der Sandgrube, die die Bahnhofstraße am meisten zerfahren, sich überhaupt nicht an den Pachtvertrag halten und da oben schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Diese Langmut der Gemeindebehörde geht doch zu weit.

Weiter standen zur Debatte die Lohnerhöhungen für den Farrenwächter und Gemeindediener. Dem Farrenwächter, der seit 23 Jahren einen Lohn von 65 Mark erhält (!), dazu freie Wohnung, wurde eine Zulage von 20 Prozent genehmigt. Dieser Geiz am falschen Platz zeigt wieder einmal das wahre Gesicht der Gundelfinger „Herren“, die sonst im Umgang mit Gemeindegeldern nicht so kleinlich sind. Skandalös allerdings war das Verhalten gegenüber dem Gemeindediener, einem Familienvater mit 4 Kindern, der einen Monatslohn von 100 DM erhält und dem man eine Lohnerhöhung rundweg ablehnte!!! Dieselben Leute werfen anderen unsoziales

Verhalten vor! Wahrlich ein feiner Verein. Im übrigen wurden den Herren Reichenbach und Maier je ein Bauplatz verkauft und für zwei andere eine Baudarlehen-Bürgschaft übernommen. Zwei Anträge der KP Ortsgruppe bezüglich der Verbesserung der Straßenverhältnisse wurden angenommen. Angesichts der oben behandelten Dinge, die besonders für Herrn Bauer und seine „tausendjährigen“ Freunde nicht angenehm sein dürften, falls sie einmal deutlich an die Öffentlichkeit gezogen werden, wird es höchste Zeit, daß sich übergeordnete Stellen einmal mit den Verhältnissen auf dem Gundelfinger Rathaus beschäftigen. Auch die Staatsanwaltschaft hätte nach den Reden des Herrn Rist Grund, sich einmal mit den Dingen zu befassen. So wie es augenblicklich aussieht, kann es unter keilchen Umständen mehr weitergehen, sonst treibt es in Gundelfingen zur Katastrophe. (st.)

Nachrichten vom Kaiserstuhl

Oberbergen. Nach mehrjähriger Pause hielt der hiesige Männerchor zum ersten Mal wieder seine Hauptversammlung ab. In der Vorstandswahl wurde zum ersten Vorstand Franz Gut gewählt, zweiter Vorstand wurde Moritz Schneider. Die Geschäftsführung des Vereins wurde Herrn Eugen Zähringer übertragen. Bürgermeister Schneider sprach über die Bedeutung des Gesangsvereins und gab der Hoffnung auf ein gutes Gedeihen des Männerchors Ausdruck.

Ihringen. Um den Wassermangel zu beheben, wurde beschlossen, einen Wasserspeicher zu bauen. Um das Projekt schnellstens auszuführen, sind zwei ehemalige Bunker für den Umbau vorgesehen. Auf diese Weise werden sie positiven friedlichen Zwecken zugeführt.

Bischoffingen a. K. Am letzten Sonntag fand im Gasthaus zum Engel ein fröhlicher Unterhaltungsabend statt. Gastgeber waren

Jugendliche Diskussionen

Am vergangenen Freitag trafen sich Jugendliche der verschiedensten Organisationen zu einem Diskussionsabend. Das Thema hieß: „Die Gleichberechtigung der Frau“. Nach einleitenden Ausführungen von Fräulein Burger wurde außerordentlich lebhaft diskutiert. Es zeigte sich dabei, daß es trotz verschiedener Weltanschauungen und der Zugehörigkeit zu den anderen Organisationen Dinge im Leben junger Menschen gibt, die alle eng miteinander verbinden. Auch wurde wieder der Beweis erbracht, daß es sich lohnt, diese Dinge miteinander zu besprechen. An dem Abend waren auch einige Jungkommunisten anwesend, die wohl die Voreingenommenheit der konfessionellen Jugendverbände besitzigten, da die Aussprache zeigte, daß trotz Meinungsverschiedenheiten auch mit der kommunistischen Jugend fruchtbare Gespräche geführt werden können. Aus diesem Grunde ist es besonders bedauerlich, daß dem Vorschlag einer Jugendfreundschaft nicht entsprochen wurde, die um eine Zusammenfassung der Diskussion gebeten hatte. Es sollten vor allem die gemeinsamen Gedanken zusammengetragen werden, ohne daß irgendwelche Beschlüsse oder Erklärungen abgegeben werden sollten. Bedauerlich ist es, daß auch Herbert Fallert ablehnte, so daß der Abend manches seiner Bedeutung verlor. In Kürze wird die FDJ einen Diskussionsabend durchführen, der zum Thema „Was ist Demokratie?“ hat. Hoffentlich wird dann das Versäumte nachgeholt und die Öffentlichkeit über das Ergebnis der Aussprache informiert werden können. (dt)

Freiburg. Alle Angestellten und Zeitungsträger der Geschäftsstelle UT Freiburg treffen sich heute, Donnerstag, den 24. März, um 19 Uhr, im Nebenzimmer des Kaffee Geisert, Eisenbahnstraße.

der Musikverein und der Bischoffinger Männerchor. Das reichhaltige Programm war so recht dafür geeignet, die Stimmung der Einwohner zu heben, die nicht gerade traurig, aber immerhin darüber betrübt sind, daß sie für ihren in die Mühle liefernden Weizen, nur schlechtes Mehl bekommen. Besonders gefielen die künstlerischen Darbietungen in zwei Bühnenstücken, die große Heiterkeit auslösten. Mit diesem Abend wurden die Wintersaisonspiele der örtlichen Vereine beschlossen, denn im Sommer hat der Weinbauer anderes zu tun.

Oberrotweil. Vor kurzem wurde in der Nähe des Bahnhofs ein 21-jähriges Mädchen aus Oberrotweil von Frühzug überfahren und auf der Stelle getötet. Wie die nähere Untersuchung des Unglücksfalls ergab, ist das Mädchen freiwillig aus dem Leben geschieden. Die eigentliche Ursache waren die übertriebenen Erziehungsmethoden der Mutter, die das Mädchen in all ihren Entschlüssen so stark bevormundete, daß diese ihr Leben unerträglich fand. Natürlich nahm die Kirche einen Anstoß an dem Selbstmord und würgerte sich zunächst, die Tote auch üblichem Brauch einzusegen. Erst nach einigem Hin und Her erklärte sich der Ortspfarrer zu einer kirchlichen Beerdigung bereit, auf der er schließlich auch die Grabrede hielt.

Kiechlinsbergen. In dieser Gemeinde hat sich die Reblaus so stark verbreitet, daß man nunmehr mit allen Mitteln gegen das Ungeziefer vorgehen wird. In einer Besprechung der Geschädigten wurde beschlossen, die befallenen Rebstücke mit Schwefelkohlenstoff zu enteuchen. Es wird gehofft, daß diese Maßnahme zum erwarteten Erfolg führen wird.

Unser Tip für Sonntag

Offenburg — Villingen	2	2	X
Reutlingen — Rastatt	X	2	1
Tübingen — Singen	2	1	X
Eibersbach — Konstanz	1	2	1
Baden-Baden — Lahr	1	1	2
Stöckach — Ottenau	1	2	2
Ludwigshafen — Mainz	1	1	1
Eintracht Trier — Weisau	1	X	X
VfR Mannheim — Schwab. Augsburg	1	1	1
Bayern München — Mühlburg	1	1	1
Nürnberg — 1860 München	2	X	1
Ulm — Waldhof	2	2	2
VfB Stuttgart — Schweinfurt	X	1	1
Kuppenheim — Schopfheim	1	1	1

30 Jahre Schwimmsport in Freiburg

Am Sonntag Großveranstaltung im großen Hallenbad. Der im Jahre 1919 gegründete Schwimm-Sportverein Freiburg kann in diesen Tagen auf sein 30-jähriges Bestehen zurückblicken. Dem unter Führung von Prof. Dr. Stühmer ins Leben gerufenen SSVF gelang es in kurzer Zeit, eine große Schar schwimmbereiter Anhänger um sich zu sammeln. Viele Bürger unserer Stadt halfen mit, besonders der Jugend das nach dem Kriege etwas weiche Rückgrat durch ihre aktive Mitarbeit zu stärken. Die Früchte zeugten gute sportliche Leistungen, die sich sehen lassen konnten. Es wurden in uneigennütziger Gemeinschaftsarbeit Werte geschaffen, wir denken hierbei nur an das erbaute Sporthaus am Titisee, wovon die Sportkameraden auch heute noch zehren. Selbst mit dem Beginn des untergegangenen NS-Staates, welcher eine Gleichschaltung auch in sportlichen Kreisen anstrebte, wurde die alte Tradition fortgesetzt und die sportlichen Reihen freigehalten von politischer Beeinflussung.

Im Jahre 1945 stand der Freiburger Schwimmsport wieder am Anfang allen Beginns. Es fehlten zum größten Teil die alten erfahrenen Kameraden. Mit Freude und Idealismus zu diesem schönen und gesunden Sport, ist man an die Neukonstituierung des Vereins herangegangen, der heute wieder ein wesentlicher Faktor in unserem sportlichen Leben darstellt. In diesem Jahr hatte der SSVF bereits die Karlsruher Schwimmer zu Gast. Am kommenden Sonntag, den 27. 3., nachmittags 15 Uhr, wird im großen Hallenbad, in der Marienstraße, ein weiterer internationaler Wettkampf stattfinden. Der Einladung wird der „1. Badische Schwimmclub Pforzheim“ Folge leisten, der mit seinen ausgezeichneten Kräften eine der stärksten badischen Mannschaften stellen wird. Die Goldstädter verfügen über mehrere badische Meister. Man darf gespannt sein, wie sich die Freiburger Kameraden des nassen Elements schlagen werden.

Coppi gewinnt Mailand-San Remo

Der Italiener Fausto Coppi gewann am Samstag das 40. Straßen-Radrennen Mailand-San Remo. Er benötigte für die 290 km lange Strecke 7 Stunden und 20 Minuten.

Weitere Verkehrseinschränkungen?

Titisee. Der Eisenbahnverkehrsrat der französischen Zone hat auf einer in Titisee stattgefundenen Tagung festgestellt, daß die angeordnete 20prozentige Einschränkung des Eisenbahnverkehrs darauf zurückzuführen ist, daß die von der Militärregierung festgesetzten Kohlenkontingente trotz steigender Zugleistungen seit Juli 1948 nicht nur nicht erhöht, sondern die an sich geringen Zuteilungen im letzten Halbjahr nicht einmal erfüllt worden sind. Es besteht ein Rückstand von 40 000 Tonnen, der vom Saargebiet hätte geliefert werden müssen.

Der Eisenbahnverkehrsrat beschloß, auf der schnellsten Nachlieferung zu bestehen, weil sonst weitere Einschränkungen — auch im Güterverkehr — nicht zu vermeiden seien.

Ueberfüllt mit Schmuggelwaren

Konstanz. Nach Mitteilung der Zollfahndungsstelle wurden vor Weihnachten 1948 allein im Abschnitt Konstanz 312 Zentner Rohkaffee, 60 Zentner Schokolade, 30 Zentner Kakao und über 3 Millionen amerikanische Zigaretten als Schmuggelware von der Schweiz nach Deutschland beschlagnahmt. Die Zolllagerhallen in Konstanz und Singen seien überfüllt mit Lebens- und Genußmitteln, über die die französische Militärregierung verfügt.

Entschädigung für Getreide-Ablieferungen

Freiburg. Um die Erzeuger die vor dem Termin der Getreidepreiserhöhung Getreide abzuliefern, nicht zu benachteiligen, werden diese aufgefördert, bis spätestens 15. April 1949 einen Antrag auf Auszahlung des Differenzbetrages bei der Ablieferungsfirma einzureichen. Dies gilt für alle Erzeuger die ihr Getreide vor dem 31. Okt. 48 abliefern. Alle

erwerbungsberechtigten Firmen erhalten über die Erfassungsämter des zuständigen Ernährungsamtes Listen ausgehändigt, die vom Erzeuger in doppelter Form ausgefüllt werden müssen. Nachdem diese Listen dem Ministerium eingereicht und überprüft sind, werden die Differenzbeträge an die Firmen zur Auszahlung an die Erzeuger überwiesen. Die Differenz zwischen den alten und neuen Preisen beträgt je Doppelzentner bei Roggen 4,70 DM, Mengetreide 4,70 DM, Weizen 5,10 DM, Braugerste 6,50 DM, Industrieerste 2,60 DM, Futterhafer 0,90 DM, Industriehafer 1,70 DM.

Westdeutschland soll zahlen

Frankfurt. Das vom Wirtschaftsrat verabschiedete Gesetz über die Erhöhung der Preise für Exportkohle wurde von den Militärregierungen abgelehnt. Die von diesen geforderte Summe zur Unterstützung der unrentablen Zechen in Höhe von 34 Millionen DM dürfe nicht vom Außenhandel gedeckt, sondern müsse von der deutschen Wirtschaft getragen werden.

Betriebsrat schaltet sich ein

Frankfurt. In einem Telegramm an die KPD-Fraktion im Wirtschaftsrat teilte der Betriebsrat der Deutschen Werft Hamburg mit, die Beschäftigungslage im Schiffbaubetrieb habe sich derart verschlechtert, daß die Entlassung von 600—800 Mann nicht zu verhindern sei, wenn nicht weitere Neubaufträge für Schiffe erteilt werden. Die daraufhin von der Fraktion der KPD eingeleitete Aktion hatte den Erfolg, daß der Hauptausschuß des Wirtschaftsrates mit den Stimmen aller Parteien beschloß, bei den Militärgouverneuren eine Sondergenehmigung für den Neubau

von zwei Fischdampfern zu je 400 BRT zu erwirken.

In einem diesbezüglichen Antrag der Deutschen Werft Hamburg wird darauf hingewiesen, daß die Militärregierung den Neubau von 100 Fischdampfern genehmigt habe. Von diesen dürfen nur 34 jeweils 400 BRT groß sein, während 66 lediglich je 350 BRT haben dürfen. Diese Anordnung ist bezeichnend für den Geist, der die Wirtschaftspolitik der britischen Besatzungsmacht beherrscht. Denn die 34 größeren Fischdampfer wurden bereits alle in Bau gegeben. Aber für die 66 kleineren Dampfer haben sich trotz des großen Mangels an Fischdampfern in Deutschland keine Auftraggeber gefunden, da diese Schiffsgröße sehr unwirtschaftlich ist. Die Deutsche Werft bittet deshalb, zwei 400 BRT-Dampfer bauen zu dürfen, für die sämtliches benötigte Material vorhanden ist, im Austausch gegen zwei der vorgesehenen 350 BRT Fischdampfer, für die sich keine Auftraggeber finden.

Sonderzuteilung zu Ostern

Berlin. Anlässlich des Osterfestes wird in der Ostzone eine Sonderzuteilung von 250 g Zucker oder Süßwaren sowie 400 g reinem Weizenmehl ausgegeben. Kinder bis zu 15 Jahren erhalten außerdem 1 kg Obstmost, Obstsirup oder Süßkonserven.

Starke Genossenschaften

Berlin. Der erste Genossenschaftskongreß in Berlin wurde mit der Gründung eines Zentralverbandes aller landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Ostzone beendet. Die Aufgaben dieses Zentralverbandes sind die Förderung und Entwicklung der Landwirtschaft und die Sicherung der Bodenreform.

Der ehemalige KZ-Aufseher Josef Brauner wurde am Montag im Gefängnis Landsberg durch den Strang hingerichtet.

Wie lässig im Rindfunk

Südwestfunk:

Freitag: 12.10 Mittagskonzert; 16.00 Musik zur Teestunde; 17.30 Klaviermusik, Copin, Bela Barock; 20.00 Hörspiel; 20.45 Klaviermusik, Scriabine, Nabokoff, Tschaikowsky; 21.45 Walzermusik; 22.30 Flötenmusik; 23.15 „Im Rampenlicht“.

Samstag: 12.10 Mittagskonzert; 13.15 Musik nach Tisch; 14.45 Froher Samstagnachmittag; 16.00 „Unser Samstagnachmittag“; 20.00 Tanzmusik; 22.30 Der SWF bittet zum Tanz.

Berlin und Deutschlandsender

Nachrichten: täglich um 5, 6, 7, 8, 13, 16, 19, 22 und 24 Uhr. Um 19 und 22 Uhr mit Kommentar des Tages.)

Sendung für Westdeutschland: täglich um 21 Uhr.

(Radio Leipzig sendet für Westdeutschland täglich um 11.45 Uhr. Nachrichten von Radio Leipzig täglich um 5, 7, 9, 12, 17, 19.30, 21.30 und 24 Uhr.)

Freitag: 12.00 Zeitungsschau für Westdeutschland; 17.45 Probleme unserer Zeit; 18.30 „Neues Deutschland“ Westausgabe; 18.45 Chor der jungen Welt; 19.15 Buch der Woche; 21.30 Lieder aus der UdSSR; 22.20 Sowjetwissenschaft und Technik; 22.40 Aus dem Kulturleben.

Samstag: 12.00 Zeitungsschau für Westdeutschland; 14.00 Stimme des Kulturbundes; 17.30 „Tönendes Feuilleton“; 18.00 Hier spricht die SED; 18.30 „Neues Deutschland“, Westausgabe; 18.45 Volksmusik aus Griechenland; 21.45 Außenpolitische Wochenübersicht; 22.20 Literarische Unterhaltung.

Bekanntmachung über die Reifeprüfung für Schulfremde

Schulfremde, welche die am 28. April 1949 beginnende, zentralgeleitete Reifeprüfung ablegen wollen und die in Baden ihren Wohnsitz haben, müssen ihr Gesuch bis spätestens 10. April an das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts in Freiburg, Schloßbergstraße 15, einreichen.

Dem Gesuch sind beizufügen:

1. Lebenslauf.
2. Beglaubigte Abschrift des letzten Schulzeugnisses.
3. Nachweis der privaten Vorbereitung.
4. Polizeiliches Führungszeugnis.

Bewerber aus anderen Zonen müssen die Zustimmung der Unterrichtsverwaltung des Landes vorlegen, dem sie angehören.

Freiburg i. Br., den 22. März 1949.
Badisches Ministerium des Kultus und Unterrichts
In Vertretung: Fleig.

Bekanntmachung der Stadt Freiburg

Ausgabe der Lebensmittelkarten und Verlegung von Kartenausgabebezirken April 1949 — 48. Zuteilungsperiode —

Ausgabebezirk:	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag
Innenbezirke: Haslach	28. 3. 49	29. 3. 49	30. 3. 49	31. 3. 49
Littenweiler und Betzenhausen	8-16	8-16	8-16	8-16
St. Georgen	8-16	8-16	8-16	8-16
Zähringer u. Günterstal	8-16	8-16	8-16	8-16

Die Ausgabekarte sind aus den Aushängen in den Einzelhandelsbetrieben zu entnehmen. — Auf die Verlegung der Kartenausgabebezirke Haslach von der alten Kirche, Carl Kistnerstraße 49, nach der Markgrafenstraße 13 (alte Schule) und Unterwiesle von der Basler Straße 49 (Baslerhof) nach dem Rotteckplatz (Wirtschaftsamt-Baracke) wird besonders hingewiesen.

Freiburg i. Br., den 21. März 1949. Ernährungsamt Freiburg-Stadt.

Die Stadt. Mitterschule

beginnt ihre sechswöchigen Kurse über Säuglingspflege am Montag, den 4. April. Die Kurse finden jeweils Montag und Donnerstag von 16-18 Uhr, bzw. von 20-22 Uhr statt. Anmeldungen beim Stadtjugendamt, Rempartsstraße, Hochallee, Baracke B, Zimmer 21, täglich von 8-10 Uhr. Kursgebühr 5.— DM. Bräute, junge Frauen und Mütter sind herzlich eingeladen.

Freiburg i. Br., März 1949. Bürgermeisteramt.

Nächste Rentenzahlung durch das Postamt Freiburg i. Br.

Die Auszahlung der Renten erfolgt im Gebäude des Haupt-Postamts, Eisenbahnstraße 56. Gezahlt werden: Nur am 29. und 30. März die Heeresrenten, vom 1. bis 8. April die Invaliden-, Unfallrenten und die Renten der Versorgungsanstalt der Deutschen Post sowie die Angestellten- und die Knappschaftsrenten.

Bekanntmachung

Betr. Wahl der Beiräte der Industrie- u. Handelskammern

Das Badische Ministerium der Wirtschaft und Arbeit hat die Neubildung der Beiräte der Industrie- und Handelskammern nach Maßgabe der vor 1933 in Geltung gewesen und nun wieder in Kraft getretenen Vorschriften des badischen Gesetzes, die Handelskammern betreffend vom 11. 12. 1878 in seiner Fassung vom 28. 3. 1928 und der Verordnung der Handelskammern betreffend vom 28. 12. 1898 in ihrer Fassung vom 28. 3. 1922 angeordnet.

Hiernach sind die Beiräte (früher „Mitglieder“) der Kammern von den wahlberechtigten Personen der einzelnen Kammerbezirke für die zuständige Industrie- und Handelskammer durch in Person ausgeübte, geheime Stimmgebung zu wählen.

Zur Teilnahme an der Wahl sind berechtigt:

Die Inhaber von Einzelbetrieben, die persönlich haftenden Gesellschafter der Handelsgesellschaften, sowie die gesetzlichen Vertreter von juristischen Personen soweit sie in einem Handels- oder Genossenschaftsregister ihres Kammerbezirkes eingetragen sind oder in diesem eine Niederlassung betreiben, die über den Umfang des Kleinhandels hinausgeht. Ein auswärtig wohnhafter Wahlberechtigter kann sich durch einen Prokuristen vertreten lassen.

Die wahlberechtigten Personen sind von den unterzeichneten Industrie- und Handelskammern in, nach Gemeinden geordneten Wählerlisten aufgenommen. Die Eintragung in diese Listen ist die Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechtes.

Bezüglich des Wahlrechtes der früheren Mitglieder der NSDAP gelten die für die Kommunalwahlen 1948 erlassenen besonderen Bestimmungen. Personen, die hiernach das Wahlrecht nicht besitzen, haben der zuständigen Industrie- und Handelskammer entsprechende Mitteilung zu machen. In Zweifelsfällen wolle bei der zuständigen Kammer Auskunft eingeholt werden.

Jeder Wähler hat nur eine Stimme. Wer gleichzeitig in mehreren von den Kammern gebildeten Wahlbezirken (Kreisen) wahlberechtigt ist, hat sich in der unten aufgeführten Einspruchsfrist zu erklären, in welchem Bezirk er seine Stimme abgeben will.

Die sich auf die einzelnen Gemeinden beziehenden Auszüge aus den Wählerlisten liegen vom

28. März bis 4. April 1949

in den Rathäusern zur Einsichtnahme durch die Beteiligten auf. Einsprüche gegen die Aufnahme in die Listen oder gegen die Uebergabe in denselben sind mit den erforderlichen Nachweisen zur Vermeidung des Ausschlusses bis spätestens

13. April 1949

bei der zuständigen Industrie- und Handelskammer anzumelden. Gegen die Entscheidung der Kammer über den Einspruch ist Beschwerde möglich. Sie ist binnen 8 Tagen nach Zustellung der Entscheidung bei der Kammer einzureichen. Ueber die Beschwerde entscheidet das Landratsamt.

Lahr, den 24. März 1949.

Die Industrie- und Handelskammern

Baden-Baden, Freiburg, Konstanz, Lahr und Schopfheim.

Bekanntmachung

Auf Grund der Landesverordnung zur Änderung der Preise für elektrischen Strom vom 27. August 1948 sehen wir uns veranlaßt, in Ergänzung der bereits mit Wirkung vom 1. August 1948 vorgenommenen Änderungen unserer allgemeinen Tarifpreise mit Wirkung vom 1. März 1949 noch folgende weitere Änderungen eintreten zu lassen:

II. Gewerbetarife — Gewerbekraft (GK)

Neuer monatlicher Grundpreis: für die ersten beiden 1/4 kW Anschlußwert DM 1.70 für je 1/4 kW des weiteren Anschlußwertes DM 1.—

(Bisheriger monatlicher Grundpreis: für die ersten beiden 1/4 kW Anschlußwert DM 1.60 für je 1/4 kW des weiteren Anschlußwertes DM 1.—) Arbeitspreis: 8 Dpf. je kWh wie bisher.

III. Landwirtschaftstarif (L)

Neuer monatlicher Grundpreis: für die ersten 3 ha DM 3.— für jedes weitere 1/4 ha DM 0.15

(Bisheriger monatlicher Grundpreis: für die ersten 3 ha DM 2.80 für jedes weitere 1/4 ha DM 0.10) Arbeitspreis: 8 Dpf. je kWh wie bisher.

V. Nachtstromtarif (N)

Neuer Arbeitspreis: 8 Dpf. je kWh (Bisheriger Arbeitspreis: 4 Dpf. je kWh) Vorstehende Regelung gilt sowohl für die Tarifform N wie für die Tarifform ND.

Im übrigen gelten die allgem. Tarifpreise wie bisher.

Badenwerk Aktiengesellschaft

Bekanntmachung

Benützung von Immobilien, die Eigentum der ehemaligen deutschen Wehrmacht, Luftwaffe oder Kriegsmarine waren.

Alle Nutznießer und Besitzer von Immobilien (Gebäulichkeiten, Grundstücke, Baracken, Blockhäuser), die Eigentum der ehemaligen deutschen Wehrmacht, Luftwaffe oder Kriegsmarine waren, und sich in den Kreisen Lörrach — Müllheim — Säckingen — Waldshut — Neustadt — Freiburg — Emmendingen — Lahr — Wolfach — Donaueschingen — Villingen — Stockach — Konstanz — befinden, und Inhaber eines Vertrages oder einer vertragsmäßigen Abmachung, wie Kauf-, Miet- oder Pachtvertrag sind, die vor, während oder nach dem Kriege 1939—45 mit einer französischen oder deutschen Dienststelle abgeschlossen wurden, werden hiermit aufgefordert, sich sofort mit dem Directeur des Travaux du Genie du Bade, in Freiburg, Goethestraße 4, Telef. 455, zwecks gesetzlicher Regelung der Besitzrechte der fraglichen Immobilien, in Verbindung zu setzen.

Nicht Befolgung dieser Aufforderung hat die Einziehung des betreffenden Besitzes zur Folge. Außerdem ist Strafverfolgung und Schadenersatzleistung wegen illegaler Benützung fremden Eigentums zu gewärtigen.

Landratsamt Rastatt

Bekanntmachung

aufgrund des § 3 Abs. 3 des Ortsstrafgesetzes

Auf dem Rathaus in Gaggenau liegen in der Zeit vom 28. März 1949 bis 11. April 1949 die Pläne für die von der Stadt Gaggenau beantragte Neufeststellung der Bauflächen der Haupt-, Aug. Schneider-, Bergmann-Bahnhof-, Eisenbahn-, Adler-, Ebert-, Klehe-, Karl Kohlbecker-, Schillerstraße und Bahnhofplatz zur Einsichtnahme auf. Einwendungen gegen den Plan sind bei Ausschlußvermeidung innerhalb der Auftragsfrist beim Bürgermeisteramt schriftlich oder zur Niederschrift einzureichen und zu begründen.

Landratsamt — Abt. IIIA —

zu verkaufen

Zu verkaufen, eine erstklassige neue Konzert-Zither mit Koffer und Schule. Frau Berta Kanitzer, Haueneberstein, Eberbachstr. 13.

Verkauft 1 Bettstelle, Nachtlisch, Chaiselongue. Anzusehen: Samstag, ab 17 Uhr, Friedrichstraße 37, Offenburg.

Für sofort gesucht!

- 1 Rotationsdrucker
- 2 Maschinensetzer
- 1 Stereotypur
- 1 Metteur
- Mehrere Handsetzer

Bewerbungen an
Rhein-Main-Druck
Frankfurt am Main
Gutleutstraße 8-12

Hans Guck-in-die-Luft!



„Seht den Hans Guck-in-die-Luft!“
„Seht entsetzt die Gattin rutt.“
„Solch ein Kleid — das muß ich sagen —“
Hat die Oma mal getragen!
Willst Du mir was Nettes schenken,
Laß dich durch die Zeitung lenken!“

Wer die Zeitung gut studiert,
ist auch modisch orientiert.
Jeder Zeitungsabonnent
Heut' die neue Linie kennt:

Wer die
Zeitung abonniert,
ist stets
bestens informiert!

KONSPEKT über

„Das Kapital“

von Friedrich Engels

Engels zeigt hier den Weg, auf dem wir in die Lehren des „Kapital“ eindringen müssen. Deshalb wird der Konspekt für das Studium der Marx'schen Politischen Ökonomie ein wichtiger Führer sein

broschiert DM 8.80

Zu beziehen durch den Südwest-Verlag Offenburg, sowie durch sämtliche Agenturen, Geschäftsstellen und Aussträger von UNSER TAG.

FILM

Adler-
Lichtspiele Achern-Oberachern
Von Freitag bis Montag, 28. 3.
(Samstag keine Vorstellung)
„Der Sänger ihrer Hobeit“
Ein reizender Film mit Benjamin Gigli, Geraldine Katt und Ferdinand Marian. — Jugendliche zugelassen. — Auf vielseitigen Wunsch Dienstag und Mittwoch, 20 Uhr:
Pat und Patachon als Mädechenräuber

Resi=Rastatt

Freitag, Samstag, Dienstag 18.30 Uhr; Sonntag 16. u. 18.30 Uhr; Montag, Mittwoch und Donnerstag 20.30 Uhr.
„Der große Bluff“
mit Marlene Dietrich, James Stewart — Wildwestromantik, Sexappeal, Kugeln, Karten, Banditen und ... Marlene. Mittwoch u. Donnerstag, 19.15 Uhr: Sondervorstellung:
„Kampf dem Krebs“

Union-Tonfilm-Theater

Ab Freitag:
10 Tage — zweimal über Sonntag
Marika Röck „Fregola“
Mo. und Do. 15, 17.30 Uhr; Di., Mi., Fr. 15, 17.30, 20 Uhr; Sa u. So. 14, 16, 18 u. 20 Uhr.

Lichtspiele Weil

Freitag bis Montag der mit Spannung erwartete u. meistdiskutierte Film der Gegenwart:

„Der Apfel ist ab“
Die alte Geschichte von Adam und Eva, neu erzählt von Helmut Käutner und Bobby Todd. Jugendverbot We 20.00. Sa 18.45, 21.00, So 14.00, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr. (530-193)